

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2022 12

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Pakistans Hochwasser
haben Not langfristig
verschlimmert

UNFRUCHTBARKEIT

Die Stigmatisierung
kinderloser Frauen
in Nigeria

MEINUNGSFREIHEIT

Im Internet gibt es
keine demokratische
Gleichberechtigung



Staatsfinanzen in multipler Krise

Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**
Auch während Krisen müssen Staaten investieren können

Magazin

- 4 **IMRAN MUKHTAR**
Die Flutkatastrophe beeinträchtigt in Pakistan die Ernährungssicherheit längerfristig
- 5 **SUPARNA BANERJEE**
Laut UNEP schließt sich das Zeitfenster zum Eindämmen der Klimakrise schnell
- 6 **BIMBOLA OYESOLA**
In vielen Teilen Afrikas gilt Unfruchtbarkeit als Unglück, beispielsweise in Nigeria
- 8 **ROGER SOUTHALL**
Wie sich Südafrikas weiße Minderheit heute politisch orientiert
- 10 **HANS DEMBOWSKI**
Weshalb es im Internet und auf Social-Media-Plattformen keine demokratische Gleichheit gibt
- 13 **PROGRESS MWAREYA / IMPRESSUM**
Heutzutage: Alternative Taxis in Simbabwe

Debatte

- 15 **KARIM OKANLA**
Burkina Faso steht nach dem zweiten Militärputsch innerhalb von acht Monaten vor gewaltigen Herausforderungen

- 16 **JÖRG DÖBEREINER**
Die Weltklimakonferenz war historisch, obwohl sie enttäuschte
- 17 **KAI AMBOS**
Um das Völkerrecht glaubwürdiger verteidigen zu können, sollte sich der Westen selbst konsequenter daran halten

Schwerpunkt: Staatsfinanzen in der Krise

- 20 **INTERVIEW MIT IWAN J. AZIS**
Der G20-Gipfel auf Bali hat mehr geleistet als befürchtet
- 22 **PRAVEEN JHA**
Wie die Finanzkraft von Entwicklungs- und Schwellenländern zu stärken wäre
- 24 **ANDRÉ DE MELLO E SOUZA**
Die starke US-Währung treibt arme Länder tiefer in die Schuldenfalle
- 26 **KRISTINA REHBEIN UND MALINA STUTZ**
Der IWF ist grundsätzlich für Schuldenerlasse, aber auf seine Haltung zu einzelnen Ländern wirkt sich das kaum aus
- 28 **SUNDUS SALEEMI**
Wirtschaftskrisen treffen Frauen und Mädchen besonders hart – zum Beispiel in Pakistan
- 30 **PETER MULENGA, CHIBVALO ZOMBE UND CHARLES CHINANDA**
Sambias Weg aus der Staatspleite
- 32 **ALPHONCE SHIUNDU**
Kenias Präsident will die Staatseinnahmen erhöhen und dazu vermehrt Steuern auf informelle Arbeit erheben

SCHWERPUNKT

Staatsfinanzen in multipler Krise

Regierungen weltweit stehen vor vielen Herausforderungen. Ihre Haushalte sind jedoch knapp bemessen, und vor allem in Entwicklungsländern fehlt das Geld für entschlossene Politik, etwa in den Bereichen Ernährungssicherheit oder Anpassung an die Erderwärmung. Die Inflation verschärft das Problem. Zu den zentralen Herausforderungen gehören Steuererhöhungen, das Vermeiden von Zahlungsausfällen von Staaten beziehungsweise der Umgang damit, internationale Transfers und eine wirksame multilaterale Zusammenarbeit.

Foto: picture-alliance/Ulrich Baumgarten





Unser Schwerpunkt zum Thema Staatsfinanzen in multipler Krise beginnt auf Seite 19. Er hat unter anderem Bezug zum achten UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Menschwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum.

Allzu schlanke Staaten brauchen mehr Finanzkraft

Wir leben in einer Ära spektakulären Marktversagens. Erderhitzung und Artenschwund sind Resultate von Transaktionen, bei denen weder Käufer noch Verkäufer für die Kosten externer Wirkungen aufkommen – und das bedroht die Zukunft unserer gesamten Spezies. Um die Probleme in den Griff zu bekommen, müssen Staaten Märkte regulieren, in nachhaltige Infrastruktur investieren und Schäden reparieren.

Dennoch halten manche an dem Dogma fest, Markt sei immer besser als Staat, also müsse Regierungshandeln minimal ausfallen. Diese Ideologie ist seit den frühen 1980er Jahren wirkmächtig. Damals trug die britische Premierministerin Margaret Thatcher viel dazu bei, sie zum internationalen Paradigma zu machen. Vielleicht markieren die wenigen Wochen von Liz Truss im selben Amt 2022 wieder eine Zeitenwende.

Wie Thatcher wollte Truss Finanzanleger mit Steuersenkungen beeindrucken. Unerlässliche Staatsleistungen wollte sie mit Schulden finanzieren. Sie hoffte, die Aussicht auf hohe Gewinne werde Investoren nach Britannien locken. Stattdessen reagierten die Märkte alarmiert. Die Zentralbank musste die Leitzinsen erhöhen, um das Pfund zu stabilisieren. Sie verteuerte damit sowohl realwirtschaftliche Investitionen als auch die staatliche Kreditaufnahme,

was Budgetengpässe auf längere Zeit weiter verengt.

Die Inflation verschärft die multiplen Krisen, die wir erleben. Die Corona-Pandemie führte zu ökonomischen Verwerfungen und Russlands Angriff auf die Ukraine hat die Lage verschlimmert. Wir wissen nun, wie teuer es werden kann, wenn Gesundheitswesen und Pandemievorsorge vernachlässigt werden. Es gibt aber auch keine Friedensdividende wie nach dem kalten Krieg mehr.

In Zeiten wachsender Not werden Sozialausgaben wichtiger. Der Militäraufwand steigt vielerorts. Subventionen, die Firmen harte Zeiten überstehen helfen, sind auch nötig. Also steigen Staatsschulden derzeit. Das ist in Entwicklungsländern besonders problematisch, aber letztlich fehlt allen Regierungen die nötige Finanzkraft. Sie müssen sich also Gedanken über Steuerpolitik und mögliche Staatsinsolvenzen machen – sowie darüber, wie dringende Investitionen trotz Zinsen möglich bleiben können.

Um globale Probleme zu lösen, ist internationale Zusammenarbeit nötig. Leider ist die komplexe und fragmentierte Landschaft multilaterale Institutionen nicht ausreichend funktionstüchtig. Sie hängen von den Nationalstaaten ab, und ein einzelnes Land kann globalen Konsens sabotieren. Obendrein sind die Animositäten zwischen

Großmächten gewachsen, sodass multilaterale Politik kleinteilig und inkremental bleiben dürfte.

Es kann nicht oft genug gesagt werden, dass nationalistischer Egoismus, wie Russland ihn gewaltsam demonstriert, inakzeptabel ist. Der Ukrainekrieg verschärft alle globalen Probleme und ist deshalb ein Angriff auf die gesamte Menschheit.

Offensichtlich ist auch die Brexit-Version von nationalistischem Egoismus schädlich. Die Kampagne für den EU-Austritt war – gesponsert von Superreichen, die andere glauben machten, die EU beeinträchtigt ihren Wohlstand – ein Beispiel von Oligarchenpopulismus. Tatsächlich mögen diese Multimillionäre europaweite Bestimmungen nicht, die negative Nebenwirkungen wirtschaftlichen Handelns begrenzen. Sie hofften, einen internationalen Wettlauf nach unten auszulösen. Zum Glück haben die Finanzmärkte nicht mitgespielt.

Wir brauchen keine möglichst schlanken Staaten. Wir brauchen handlungsfähige und verantwortungsvolle Regierungen.



HANS DEMBOWSKI ist Chefredakteur von **E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.**

euz.editor@dandc.eu

Iwan J. Azis fand den G20-Gipfel auf Bali im November ermutigender als erwartet. Er ist Professor an der Dyson School of Applied Economics and Management der Cornell University sowie Gastprofessor an der University of Indonesia in Jakarta. Sein Schwerpunkt sind Schwellenländer. In dieser Ausgabe zieht er eine Bilanz des



G20-Gipfels (Seite 20). Als Berater der indonesischen Zentralbank und von Einlagensicherungsgesellschaften nahm er an Veranstaltungen zu G20 teil.

► **Alle Schwerpunkttexte erscheinen auch auf unserer Website www.dandc.eu, auf der Sie auch weitere Beiträge zum Thema finden werden.**

EXTREMWETTER

Klimabedingte Katastrophe

Die Überflutungen in Pakistan in diesem Sommer werden langfristige Auswirkungen haben auf die Lebensmittelproduktion, die Gesundheit der Menschen und ihren Lebensunterhalt. Schon zuvor litten etwa 40 Prozent der 222 Millionen Menschen in Pakistan unter Lebensmittelunsicherheit.

Von Imran Mukhtar

Die Überschwemmungen in Pakistan diesen Sommer haben viel zerstört. Bis Mitte Oktober beliefen sich die Schäden auf mehr als 30 Milliarden US-Dollar, es gab mindestens 1700 Tote. Die Landesregierung schätzt, dass 2,3 Millionen Häuser und mehr als 13000 Kilometer Straße weggespült oder beschädigt wurden. Laut UN wurden mindestens 7,9 Millionen Menschen vertrieben.

Auch die Landwirtschaft traf es landesweit hart, sodass weniger Gemüse, Obst und Getreide zur Verfügung stehen. Wegen steigender Preise können sich viele Menschen das Nötigste nicht mehr leisten. Wie die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) berichtet, sind etwa 2,6 Millionen Hektar Kulturland betroffen – etwas mehr als ein Drittel der Agrarnutzfläche des Landes. Auch die Baumwollproduktion, die vielen das Überleben sichert, ist beeinträchtigt.

Teils standen Äcker noch Anfang Oktober unter Wasser, sodass dort keine Feld-

früchte für die nächste Saison gesät werden konnten. Die Fluten zerstörten vielerorts auch Bewässerungsinfrastruktur, Maschinen sowie Saatgut- und Düngemittelvorräte, deshalb wird die Produktivität mancher Agrarbetriebe sinken. Der FAO nach müssen die Prognosen für die Produktion von Reis, Mais, Sorghum und Hirse nach unten korrigiert werden.

Auch 1,2 Millionen Nutztiere sind verendet. Milch und Fleisch sind knapper geworden, was die Ernährungsprobleme verschärft. Das geringere Angebot führt zu einem Preisanstieg bei eiweißreichen Lebensmitteln und steigert so die Inflation, die schon vor der Katastrophe ein Problem war.

Es war nicht das erste Extremwetterereignis in diesem Jahr. Laut Abid Qaiyum Suleri vom unabhängigen Thinktank Sustainable Development Policy Institute (SDPI) mit Sitz in Islamabad hatten zuvor bereits Hitzewellen die erwartbare Weizen-ernte um 30 Prozent gesenkt.

Er meint, die Überflutungen hätten der Wirtschaft das Genick gebrochen und insbesondere die Ernährungssicherheit beeinträchtigt. Wie Suleri betont, hängt diese ab von:

- einem ausreichenden Angebot,
- einer ausreichenden Kaufkraft der Bevölkerung und
- davon, inwiefern die Menschen körperlich dazu in der Lage sind, Nahrung aufzunehmen.

Die Klimakrise wirke sich auf alle drei Bereiche aus, sagt er. Durch schlechtere Ernten sinkt das Angebot, sodass steigende Preise die Kaufkraft der Menschen beeinträchtigen. In vielen Flutgebieten verderben sich die Menschen zudem ihr Verdauungssystem durch den Mangel an frischem Trinkwasser, was wiederum ihre Nahrungsaufnahme beeinträchtigt. In der bevölkerungsreichen südlichen Provinz Sindh werde der Zugang zu sauberem Trinkwasser voraussichtlich erst in fünf Monaten wieder hergestellt sein, schätzt Suleri.

GESUNDHEITSSYSTEM IN DER KRISE

Durch Wasser übertragene Krankheiten haben sich rasant ausgebreitet. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzte im Oktober, dass rund 8 Millionen Menschen medizinische Hilfe benötigten. Moskitos konnten in stehendem Wasser und mangelhaften sanitären Einrichtungen gut brüten. Von Juli bis Oktober gab es laut Richard Brennan von der WHO mehr als 540 000 gemeldete Malariafälle. Auch Durchfallerkrankungen sind ein großes Risiko. Es gab auch Ausbrüche von Denguefieber, Masern und Diphtherie. Besorgt ist Brennan zudem über die hohe Zahl akut unterernährter Menschen. Unter solchen Folgen von Katastrophen leiden besonders Frauen und Mädchen (siehe Sundus Saleemi, S. 28 in dieser Digitalen Monatsausgabe).

Das US-Agrarministerium schätzt, dass 2021 knapp 40 Prozent der Menschen unter Ernährungsunsicherheit litten. Regierungsangaben zufolge lebten zu Jahresbeginn etwa 55 Millionen Menschen in Pakistan unterhalb der Armutsgrenze. Die Weltbank geht davon aus, dass diese Zahl durch die Flutkatastrophe um weitere 9 Millionen ansteigen könnte.

Schlechte Regierungsführung ist seit langem ein Problem in Pakistan. Es wurde schlicht zu wenig getan, um das Land auf die Klimakrise vorzubereiten. Obwohl Pakistan nur wenig zur globalen Erwärmung beigetragen hat, verschärfen die Folgen nun alle bereits bestehenden Probleme (siehe Kasten, Seite 29).



Sammeln beschädigter Äpfel bei Quetta, Pakistan.



IMRAN MUKHTAR
ist Journalist in Islamabad.

imranmukhtar@live.com
Twitter: @imranmukhtar

KLIMAKATASTROPHE

Die Zeit wird knapp

Das UN-Umweltprogramm (UN Environment Programme – UNEP) warnt, dass sich das Zeitfenster für die Eindämmung der Klimakrise schnell schließt. Der neue Bericht ruft zu einer gesellschaftlichen Trendwende auf. Geht der derzeitige Ressourcenverbrauch ungebremst weiter, wird die Menschheit einen durchschnittlichen Temperaturanstieg von 2,8 Grad verursachen. Das liegt weit über der im Pariser Klimaschutzabkommen 2015 festgelegten Schwelle von 1,5 Grad.

Von Suparna Banerjee

Die internationale Gemeinschaft ist nicht auf dem richtigen Weg. Die nationalen Klimaziele (nationally determined contributions – NDCs), die Regierungen vor dem diesjährigen Klimagipfel in Ägypten (COP27) bei den UN eingereicht haben, werden die prognostizierten globalen Treibhausgasemissionen nur unzureichend reduzieren. Die Emissionen müssten um 45 Prozent mehr gesenkt werden, um das 1,5-Grad-Ziel noch zu erreichen.

Schrittweise Veränderungen reichen nicht aus, sagt UNEP. Erforderlich sind umfassende Umwälzungen in der gesamten Wirtschaft. Die CO₂-Emissionen sind regional sehr ungleichmäßig verteilt. Etwa 55 Prozent werden vom internationalen Verkehr und den sieben größten Emittenten verursacht, nämlich China, der EU, Indien, Indonesien, Brasilien, der Russischen Föderation und den USA (nicht in dieser Reihenfolge). Laut UNEP liegen die G20-Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Klimaschutzverpflichtungen besonders weit zurück.

Bis November 2022 haben laut dem Bericht 88 nationale Regierungen Netto-Null-Ziele verabschiedet. Das ist ein Zeitplan, bis zu dem sie keine Treibhausgase mehr ausstoßen wollen. Doch das geschieht nach Ansicht der UNEP-Experten alles viel zu langsam. Sie weisen darauf hin, dass der Wandel in vier Sektoren besonders dringend ist:

- Elektrizitätsversorgung,
- Industrie,
- Verkehr und
- Gebäude.

Die meisten Fortschritte werden nach UNEP-Sicht im Energiesektor erzielt, da die Kosten für die erneuerbaren Energien schnell gesunken sind. Für Gebäude und den Straßenverkehr gibt es ebenfalls effiziente Technologien, die jedoch noch eingeführt werden müssen. Neue emissionsfreie Technologien werden in der Luftfahrt, im Schiffstransport und im Luftverkehr benötigt. Der Bericht empfiehlt, neue Infrastrukturen, die über viele Jahre auf fossile Brennstoffe angewiesen sind, nicht mehr zu bauen. Zudem müssen CO₂-freie Technologien gefördert und angewandt werden.

Darüber hinaus fordert UNEP einen Wandel in der Landwirtschaft, die nicht nur ein Treiber der globalen Erwärmung ist, sondern auch zum Schwinden der biologischen Vielfalt beiträgt. Umweltschützende Reformen sind unerlässlich.

Nach Ansicht der Autoren muss das Finanzsystem so ausgerichtet werden, dass es die notwendigen massiven strukturellen Veränderungen fördert. Sie identifizieren sechs Ansätze:

1. Finanzinvestoren brauchen bessere Informationen über Klimarisiken, wenn sie umweltfreundlichere Entscheidungen treffen sollen. Bewusstseinsbildung und strengere institutionelle Richtlinien können diesem Ziel dienen.

2. Die Bepreisung von CO₂ kann mit Steuern erfolgen, die auf Emissionen erhoben oder mit Cap-and-Trade-Systemen werden. Bei denen werden Emissionshöchstwerte festgelegt, und Unternehmen können für die Menge an fossilen Brennstoffen bieten, die diesem Wert entspricht. Beide Ansätze geben Investoren Anreize, die Emissionen niedrig zu halten.

3. Die Finanzmärkte sind durch unvollständige Asymmetrie, Risikoaversion

und Herdenverhalten gekennzeichnet. Steuern und Regulierungen können die Einstellung der Anleger ändern.

4. Marktanreize sind wichtig. Die Politik kann neue Märkte für CO₂-arme Technologien schaffen und Innovationen durch öffentliche Finanzierung fördern. Multilaterale Banken können diesen Ansatz unterstützen.

5. Zentralbanken und Finanzaufsichtsbehörden sollten ihre Politik so ändern, dass sie umweltfreundliche Investitionen fördern und schädliche Investitionen verhindern.

6. Klimaclubs und grenzüberschreitende Finanzierungsinitiativen sollten eingerichtet werden.

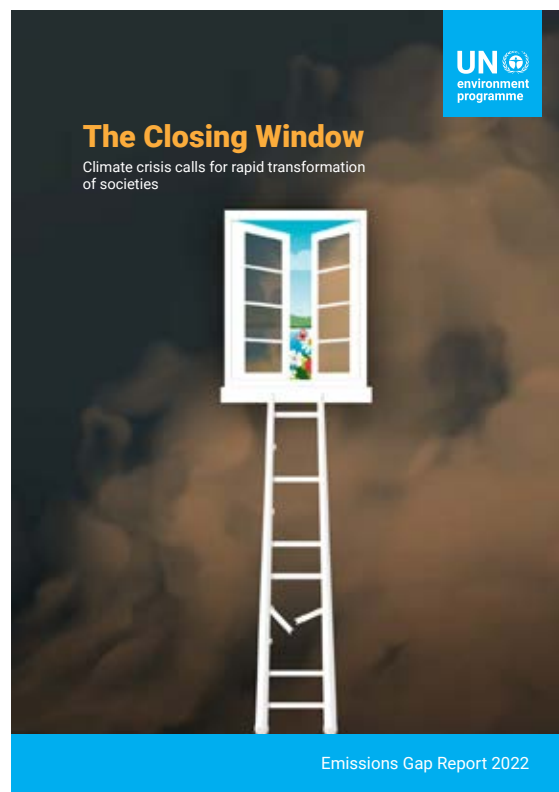
LINK

UNEP: Emissions Gap Report 2022

<https://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2022>



SUPARNA BANERJEE
ist Politikwissenschaftlerin in Frankfurt am Main.
mail.suparnabanerjee@gmail.com



Titel des Emissions Gap Report 2022.

REPRODUKTIVE GESUNDHEIT

Seid fruchtbar und mehret euch

Die Geburt eines Kindes ist in Nigeria eine gesellschaftliche Pflicht. Unfruchtbare Paare werden schikaniert und geächtet – Frauen leiden darunter am stärksten.

Von Bimbola Oyesola

In vielen Teilen Afrikas gilt Unfruchtbarkeit in einer Ehe als Unglück. Auch in Nigeria ist der Druck auf frisch Verheiratete groß, das erste Kind wird neun Monate nach der Hochzeit erwartet. Ist ein Paar zwei Jahre nach der Hochzeit noch kinderlos, erhält es häufig ungefragt anmaßende Ratsschläge von Familie und Freunden.

In vielen Weltregionen gelten Abtreibung und Verhütungsmittel als Schlüsselthemen der Frauenrechte im Bereich der reproduktiven Gesundheit (siehe Virginia Caballero und María Lía Ghezzi in der E+Z Digitale Monatsausgabe 2021/12). Das Thema Fruchtbarkeit ist jedoch ebenso wichtig – vor allem dort, wo viele Menschen keinen Zugang zu wissenschaftlicher, evidenzbasierter Medizin haben. Denn kein Kind zu haben kann soziale Ächtung bedeuten.

„Ich könnte ein ganzes Buch schreiben über das,

was ich durchgemacht habe“, sagt die Nigerianerin Iyabo Arepo. Sie ist heute Ende 50 und erinnert sich, wie der Onkel ihres Mannes fünf Jahre nach ihrer Hochzeit mit ihrem Mann über die Kinderlosigkeit des Paares sprach. „Er fragte ihn sarkastisch, was sein Problem sei. Und dann sagte er: ‚Wenn das Problem bei deiner Frau liegt, dann solltest du dir eine andere nehmen.‘ Es war furchtbar.“



Traditionelle Yoruba-Kunst: eine hölzerne Mutterfigur.

Solche Erfahrungen machen viele Menschen, nicht nur in Nigeria. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) leiden weltweit bis zu 186 Millionen an Unfruchtbarkeit. Davon spricht man, wenn eine Erkrankung des männlichen oder weiblichen Fortpflanzungssystems dazu führt, dass trotz regelmäßigen ungeschützten Geschlechtsverkehrs über zwölf Monate oder länger keine Schwangerschaft eintritt.

UNTERSCHIEDLICHE URSACHEN

Die Ursachen für Unfruchtbarkeit unterscheiden sich je nach Weltregion. In Afrika sind nach Angaben der WHO mehr als 85 Prozent der Fälle auf Infektionen zurückzuführen, gegenüber 33 Prozent weltweit. Weitere Faktoren sind schlechte Ernährung, unbehandelte sexuell übertragbare Krankheiten und eine unsichere Abtreibung in der Vergangenheit. In etwa der Hälfte der Fälle spielt die niedrige Spermienzahl des Mannes eine Rolle.

Was auch immer die Ursache sein mag – in Nigeria trifft das Stigma die Frau. Yetunde zum Beispiel ist seit zehn Jahren kinderlos verheiratet. Sie wird von der Familie ihres Mannes deswegen abgelehnt und beschimpft. Die Familie ist christlich, aber manche Angehörige haben trotzdem bereits vorgeschlagen, übernatürliche Kräfte zu beschwören, um dem Paar zu einem Kind zu verhelfen (siehe Kasten auf der nächsten Seite).

Einmal brachte Yetundes Schwiegermutter eine junge Frau zu ihnen nach Hause und sagte ihrem Ehemann John unverblümt, dass diese Frau ihm ein Kind gebären würde. Yetunde und John haben inzwischen das Land verlassen, erhalten aber immer noch Anrufe von Verwandten, die fragen, ob Yetunde schon schwanger sei. In den Augen mancher Leute ist eine Frau, die keine Kinder gebärt, keine „richtige“ Frau.

Auch nicht wenige Ehemänner wenden sich von ihren unfruchtbaren Frauen ab. Besonders tragisch ist der Fall von Grace, ebenfalls Nigerianerin. Ihr Mann schwängerte eine andere Frau, und Grace erfuhr davon, als eine Freundin ihr von der Taufe des Babys erzählte. Grace fiel in Ohnmacht, und ihr Blutdruck stieg gefährlich hoch. Zwei Tage später starb sie.

In einigen Teilen Afrikas ist eine Heirat direkt an die Geburt eines Kindes ge-

knüpft. In Nigeria bestehen etwa manche Männer darauf, dass die Braut vor der Hochzeit schwanger ist. Dies ist besonders in der Gemeinschaft der Yoruba üblich. Tunde Itiola zum Beispiel fühlte sich betrogen, als seine Frau nach der Hochzeit kein Kind bekam. „Ich hätte dafür sorgen müssen, dass sie vor der Heirat schwanger wird“, sagt er.

Frauen, die ein Kind zur Welt bringen, es dann aber verlieren, werden ebenfalls stigmatisiert. Chinwe und ihr Mann Tochukwu bekamen ihre Tochter spät, und sie starb, als das Paar bereits über 50 war. Trotz ihres Alters denken die beiden über eine künstliche Befruchtung nach. Die Risiken einer späten Schwangerschaft erscheinen ihnen weniger schwerwiegend als das Stigma der Kinderlosigkeit.

MÄNNLICHE UNFRUCHTBARKEIT

Wie erwähnt ist bei der Hälfte der Fälle von Unfruchtbarkeit die niedrige Spermienzahl des Mannes ein entscheidendes Problem. Obwohl die Frau in diesen Fällen komplett gesund sein kann, wird sie dennoch oft beschuldigt und teils sogar aus dem eigenen Haus vertrieben.

Temmy ist ein Beispiel dafür. Obwohl medizinische Tests gezeigt hatten, dass die Spermienzahl ihres Mannes Juwon zu niedrig war, drängte seine Familie ihn, sich von Temmy scheiden zu lassen und eine andere Frau zu heiraten. Sie wusste, dass das Problem bei ihrem Mann lag, nicht bei ihr. Dennoch schwieg sie, um ihn zu schützen.

Manche Männer weigern sich, Testergebnisse zu akzeptieren, die eine niedrige Spermienzahl anzeigen. Sie suchen sich lieber eine neue Partnerin. In seltenen Fällen werden sie gewalttätig gegenüber ihren Frauen. „Das Schicksal der kinderlosen Frauen berührt mich“, sagt der Gynäkologe Timothy Animola. „Manche lassen sich die Hände abschneiden.“ Er weiß auch von Frauen, die aus Verzweiflung Selbstmord begehen. Animola betont, dass die WHO Unfruchtbarkeit als ein Menschenrechtsthema betrachtet. Unfruchtbaren rät er dazu, einen Arzt aufzusuchen.

Viele Nigerianer können sich allerdings die Behandlung nicht leisten. Eine gängige Methode ist die In-vitro-Fertilisation, bei der Eizellen entnommen und in einem Labor befruchtet werden. Der so

entstandene Embryo wird in die Gebärmutter eingesetzt. In Nigeria kostet dieses Verfahren zwischen 2 und 5 Millionen Naira (4300 bis 10 600 Euro). Für die meisten nigerianischen Paare ist das unerschwinglich.

Manchmal können auch traditionelle Heiler helfen. „Die meisten Unfruchtbarkeiten werden durch Infektionen verursacht“, sagt Agbabiaka Ojo, ein Kräuterkundiger. „Wir kennen Kräuter zur Heilung von Infektionen bei Frauen und von niedrigen Spermienzahlen bei Männern. Andere Pflanzen steigern die Fruchtbarkeit. Das alles haben unsere Vorfahren schon verwendet, lange bevor die Medizin des weißen Mannes nach Afrika kam.“

Weder moderne noch traditionelle Medizin kann aber alle Fälle heilen. Für viele Menschen bleibt Unfruchtbarkeit deshalb ein Fluch, dem sie nicht entkommen können.



BIMBOLA OYESOLA
ist eine in Lagos lebende
Journalistin.

oritokeoyee@gmail.com

Der Unfruchtbarkeit entkommen

Wissenschaftler unterscheiden zwei Arten von traditionellen Heilern gegen Unfruchtbarkeit in Nigeria: Kräuterkundige und Wahrsager. Erstere bieten Präparate an, um körperliche Blockaden zu beseitigen. Letztere ähneln dagegen Priestern. Sie erforschen das Unterbewusstsein der Patienten, um psychologische Hindernisse aufzuheben. Traditionelle Heilmethoden funktionieren bisweilen und sind teils auch wissenschaftlich erklärbar. Psychologie spielt dabei eine nicht unwesentliche Rolle.

In ganz Afrika wird Unfruchtbarkeit mit einer Vielzahl von Aberglauben in Verbindung gebracht. So gut wie nie

wird Unfruchtbarkeit allerdings als Problem des Ehemannes angesehen. In Teilen Nigerias gilt eine verheiratete Frau, die keine Kinder zur Welt bringt, als Hexe – eine Person, die von bösen Geistern besessen ist und anderen schaden könnte. „Bis heute meide ich Familientreffen“, sagt Depeju, eine kinderlose Frau. „Wenn ich zum Beispiel den Kindern meiner Schwägerin etwas zum Knabbern mitbringe, verbietet ihnen meine Schwägerin das Essen und sagt, ich könnte sie vergiften.“

Einige Stämme glauben, dass böartige Geister die Schwangerschaft einer Frau verhindern – und entsprechend auch, dass gutartige Gottheiten

Paare von Unfruchtbarkeit befreien können. Bei den Yoruba im Südwesten Nigerias ist dafür etwa die Göttin Yemojah zuständig, die Mutter aller Gottheiten. Um von den positiven Kräften gütiger Gottheiten zu profitieren, besuchen die Gläubigen Schreine und nehmen an Fruchtbarkeitsritualen teil. Einige Frauen berichten, dass sie nach solchen Zeremonien schwanger wurden.

Für einige ist Fruchtbarkeit auch mit dem Überleben im Jenseits verbunden. „Traditionell glauben die Yoruba, dass die Toten so lange überleben, wie sich ihre Nachkommen an sie erinnern und aktiv versuchen, mit ihnen Kontakt aufzunehmen“, schrieben Johnson et al. im Jahr 1990. „Der Tod ist also erst dann vollständig, wenn niemand mehr übrig ist, der sich

erinnert.“ In einem spirituellen Sinne sichern die Nachkommen also das ewige Leben – entsprechend wird Unfruchtbarkeit als katastrophal empfunden.

Sehr viele Nigerianer sind jedoch Christen oder Muslime. Ihre monotheistischen Religionen lehnen solche Ideen ab. Dennoch bedeutet Kinderlosigkeit auch in ihren Gemeinschaften ein Stigma, vor allem für Frauen (siehe Hauptartikel). Beten, um schwanger zu werden, ist in Nigeria weit verbreitet. BO/AF

LINK:

Johnson, J. M., et al., 1990: Juju-soup: The witch herbalist's solution for infertility. *African Studies Review*, Vol 33 No. 1, April 1990. https://www.jstor.org/stable/524627?seq=3#metadata_info_tab_contents



Enthüllung einer Statue von Nelson Mandela im Rathaus von Kapstadt 2018: Helen Zille (links), Premierministerin der Provinz Westkap, und Patricia de Lille, Bürgermeisterin.

VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT

Ende weißer Vorherrschaft

Vor einer Generation endete die Apartheid, ein System weißer Vorherrschaft, in Südafrika. Die neue demokratische Ordnung hat bisher weder zu einer starken Wirtschaft noch zu sozialer Gerechtigkeit geführt. Die weiße Minderheit akzeptiert im Allgemeinen das Mehrheitsprinzip. Sie hat ihre politische Vorherrschaft verloren, ist aber in Bezug auf Wohlstand und Chancen immer noch privilegiert.

Von Roger Southall

Nach fast 30 Jahren Demokratie steht es schlecht um die südafrikanische Wirtschaft. Seit der Finanzkrise 2008/09 ist sie kaum gewachsen, während die Bevölkerungszahl weiter steigt. Der Lebensstandard der meisten Bürgerinnen und Bürger stagniert oder sinkt. Rund ein Drittel der Erwerbsfähigen ist arbeitslos. Armut und Ungleichheit sind nach wie vor große Herausforderungen. Schwarze Südafrikanerinnen und Südafrikaner liegen bei allen wichtigen Indikatoren

für Wohlstand, Einkommen, Chancen und so weiter auf den hinteren Plätzen.

Die weiße Minderheit hingegen genießt trotz der schwierigen Umstände weiterhin einen hohen Lebensstandard. Sie ist ein leichtes Ziel für diejenigen, die einen Sündenbock für die wirtschaftliche Misere suchen, wie es einige schwarze Linke tun.

Angesichts der Geschichte Südafrikas überrascht das nicht. Vor 1994 wurde Südafrika politisch und wirtschaftlich von der weißen Minderheit beherrscht. Die Unterdrückung war brutal. Schwarze Bewohner Südafrikas und Antiapartheidkräfte lehnten weiße Südafrikanerinnen und Südafrikaner, bis auf eine kleine Minderheit, als rassistisch und reaktionär ab. Eine Einschätzung, der die meisten Historiker zustimmen würden.

Der politische Wandel war nach dem Ende der Apartheid dramatisch. Schwarze Südafrikaner dominierten jetzt die Exekutive, Legislative und Judikative. Die weiße Minderheit von 4,8 Millionen Menschen (acht Prozent der Bevölkerung) musste sich

anpassen. Wie sie das getan hat, ist Thema meines kürzlich erschienen Buches „Whites and Democracy in South Africa“, das sich auf Fokusgruppenforschung und wissenschaftliche Literatur stützt. Es zeigt die beachtenswerte Vielfalt an politischen Einstellungen und Verhaltensweisen innerhalb der weißen Minderheit.

Einerseits sind die meisten recht pessimistisch, was die politische und wirtschaftliche Entwicklung Südafrikas angeht. Sie sind verärgert über politische Maßnahmen wie „Black Economic Empowerment“, mit denen die Chancen von Unternehmen im Besitz von Schwarzen verbessert werden sollen, oder „Employment Equity“, mit dem Stellen für Schwarze reserviert werden (affirmative action).

Andererseits gehen sie pragmatisch mit ihrer Situation um. Tendenziell erkennen sie an, dass es ihnen deutlich besser geht und sie mehr Chancen haben als die Masse der schwarzen Südafrikaner. Einige haben vor, auszuwandern, vor allem aus Angst um ihre Sicherheit. Die meisten aber wollen das Beste aus der Situation machen und in Südafrika bleiben. Viele begeistern sich für das Land, das sie als ihre Heimat betrachten.

Allgemein lassen sich vier Wege der Anpassung der Weißen an die Demokratie

unterscheiden. Praktisch einhellig erkennen sie an, dass es kein Zurück zur Apartheid gibt. Drei der vier Gruppen sind sich grundsätzlich darüber im Klaren, dass die Apartheid moralisch falsch war.

VIER HALTUNGEN

- Die erste Gruppe, die ich „bewaffnete Gegner“ nenne, fände allerdings eine Rückkehr zur Apartheid wünschenswert. Während und nach dem Übergang zur Demokratie Anfang der 1990er-Jahre hatten Organisationen wie die Afrikaner Weerstandsbeweging von Eugène Terre'Blanche versucht, Chaos zu stiften und einen anti-schwarzen Aufstand unter Weißen anzuzetteln. Zum Glück wurden rechtsextreme Milizen stark zurückgedrängt. Es gibt noch Fragmente von ihnen, aber sie werden von Geheimdiensten genau beobachtet und stellen keine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie dar. Die Rechtsextremen haben sich ins Internet verlagert, wo sie Behauptungen über einen drohenden Völkermord an weißen Bauern und anderen verbreiten. Die große Mehrheit in Südafrika, einschließlich der weißen Minderheit, hält solche Behauptungen für absurd. Obwohl die Internetkampagnen international von rechtsextremen Kräften unterstützt werden, darunter auch von einigen US-Republikanern, haben sie in der „Regenbogenation“, wie Erzbischof Desmond Tutu das Post-Apartheid-Land nannte, keinen Erfolg.
- Die zweite Gruppe sind die „passiven Widerständler“. Sie verstehen, dass sie keine andere Wahl haben, als die Demokratie zu akzeptieren. Dennoch fühlen sie sich angesichts der unerfüllten demokratischen Vision von Gleichheit unwohl. Einige dieser Menschen erwägen, das Land zu verlassen. Die häufigere Reaktion ist die „interne Migration“ in Enklaven. In Kleinstädten und Vorstädten entstehen und wachsen Gated Communities für Weiße. Außerdem ziehen sich Afrikaner tendenziell in kulturelle Räume zurück, die durch ihre Sprache, ihren calvinistischen Protestantismus und ihre florierende Literatur- und Filmindustrie definiert sind. Als Afrikaner werden weißen Südafrikaner niederländischer Abstammung bezeichnet. In den mehrheitlich von Afrikanern bewohnten Gebieten bleibt die Segregation bestehen.
- Die dritte Gruppe sind die „Integrationsbefürworter“ – weiße Menschen, die die

Demokratie befürworten. Dazu zählen Menschen mit britischem, niederländischem und anderem ethnisch europäischem Hintergrund. Eine wichtige Gruppe sind Familien, die gegen die Apartheid waren. Einige unterstützten die Befreiungsbewegung direkt, andere indirekt als Gewerkschafts- oder Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten. Heute zählen dazu Fachleute aus Medizin, Jura, Theologie, Journalismus und anderen Bereichen. Viele von ihnen kritisieren den ANC für seine unerfüllten Versprechen, das Leben für alle zu verbessern. Zu dieser Gruppe gehören auch junge Weiße, für die Vielfalt in Schule und Universität die Norm war. Viele sind verzweifelt, weil sie ihre Ablehnung der Apartheid nicht mit der Verbundenheit zu ihren Eltern und Großeltern vereinbaren können, die von der Apartheid profitiert haben. Ihre Erfahrungen ähneln denen junger Menschen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie trugen maßgeblich dazu bei, die demokratischen Grundsätze in der jungen Bundesrepublik zu verankern.

- Die vierte Gruppe der „aktiven Befürworter“ verfolgt einen etwas anderen Ansatz. Sie sind entschlossen, ihre spezifischen Interessen mit demokratischen Mitteln zu schützen und zu verfolgen. Sie akzeptieren die Mehrheits Herrschaft, sind aber bestrebt, Korruption und das, was sie als weißenfeindliche Hetze wahrnehmen, zu bekämpfen. Viele von ihnen sind Afrikaner. Sie konzentrieren sich darauf, ihre Gemeinschaft wieder in das öffentliche Leben einzubinden und stützen sich auf Organisationen wie Solidarity, die aus der weißen Bergarbeitergewerkschaft entstanden ist. Eine andere Organisation ist Afriforum, die vor allem bestrebt ist, weiße Interessen juristisch zu verteidigen. Sie ist mit Rechtspopulisten wie der AfD in Deutschland und den von Trump beeinflussten Republikanern in den USA verbündet und bestreitet, dass die Apartheid ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit war.

Keine dieser Haltungen ist isoliert zu betrachten. Mit Überlappungen beeinflussen sie sich gegenseitig. Sie führen aber zu unterschiedlichem Wahlverhalten. Dies folgt sowohl bei Schwarzen als auch bei Weißen je den eigenen sozialen und wirtschaftlichen Interessen. Weiße stimmen eher für Establishment-Parteien, die aus ehemaligen Apartheid-Parteien hervorgegangen sind, die politisch für weiße Dominanz standen. Die meisten Weißen wählen die Democratic Alliance (DA), die auf die liberale Progressi-

ve Party von Helen Suzman und Helen Zille zurückgeht – zwei prominente Apartheidgegnerinnen. Sie absorbierte jedoch auch Fragmente der ehemals regierenden National Party. Andererseits profitiert die Freedom Front Plus, eine Wiederbelebung der rechtsextremen Conservative Party, von der Unzufriedenheit mit der Wirtschaft und der Dysfunktion des ANC, der ehemaligen Befreiungsbewegung, die seit 1994 die stärkste Partei ist.

Dass Weiße konservativer wählen als Schwarze, überrascht nicht. Zwei Aspekte



ihres Wahlverhaltens sind wichtig:

- Ihre Wahlbeteiligung ist tendenziell höher, weil sie erkennen, dass sie die verfassungsmäßigen Mittel durchaus zur Verteidigung ihrer materiellen Interessen nutzen können.
- Dennoch nimmt auch bei ihnen die Wahlbegeisterung wegen wachsender Politikverdrossenheit ab.

Südafrika hat große Probleme. Sie beruhen aber nicht auf rassistischem Denken und entsprechender Identitätspolitik. Was das Land dringend braucht, ist eine dynamischere und integrativere Wirtschaft. Letztlich resultiert die Unzufriedenheit, die auf allen Seiten zu spüren ist, aus der weitverbreiteten Armut und einem allgemeinen Mangel an Chancen.

BUCH

Southall, R., 2022: *Whites and Democracy in South Africa*. Woodbridge, Suffolk, James Currey.



ROGER SOUTHALL ist emeritierter Professor für Soziologie an der University of the Witwatersrand. roger.southall@wits.ac.za



Nicht nur die Sprache von Trump-Anhängern ist ungehobelt – ihr Verhalten ist es oft auch.

MEINUNGSFREIHEIT

Online gibt es keine demokratische Gleichheit

Zac Gershbergs und Sean Illings Buch „Paradox of democracy“ enttäuscht. Die New York Times versprach, es biete eine Analyse des Einflusses digitaler Medien. Leider verwenden die beiden Autoren einen vereinfachten Demokratiebegriff und vermeiden es, genau zu prüfen, wie das Internet die politische Kommunikation verändert.

Von Hans Dembowski

Normalerweise rezensiere ich keine Bücher, die ich nicht gut finde. Hier mache ich eine Ausnahme, weil ich auf wesentliche Schwächen hinweisen will. Beide Themen – das Wesen der Demokratie und der Einfluss digitaler Medien – sind enorm wichtig. Ich fasse hier zunächst die Kernthese des Buchs zusammen, arbeite dann heraus, was es hinsichtlich der Internet-Medien missversteht, und zeige schließlich, warum das Demokratieverständnis unvollständig ist.

Laut Gershberg und Illing ist Demokratie grundsätzlich fragil, weil die Mei-

nungsfreiheit es erlaubt, Regierungen zu kritisieren und Veränderung zu fordern. Das halten sie zu Recht für gut, weil es den friedlichen und konstruktiven Umgang mit Missständen ermöglicht. Allerdings können sich Meinungen auch gegen die Demokratie selbst richten. Populistische Demagogen tun das dem Autorenpaar zufolge, um nicht nur gewählte Amtsträger, sondern auch das politische System selbst zu unterminieren.

Auf dieser Basis erklären sie die liberale Demokratie für tot. Sie definieren sie als ein System, in dem mächtige Medien und starke Institutionen die bestehende Ordnung schützen, indem sie erosive Diskurse in der Öffentlichkeit verhindern. Heute dominierten aber etablierte Zeitungen und Sender die Debatten nicht mehr wie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, weil das Internet eine Ära der wahrhaft freien Rede eingeläutet habe. Redaktionen dienen nicht mehr als Torhüter, denn alle könnten sich online ohne Rücksicht auf Konven-

tionen äußern. Folglich sei die Demokratie sogar noch demokratischer geworden, weil nun im Internet Frust, Wut und Hass freien Lauf hätten. Ob das Behauptete stimmt oder nicht, ist aus ihrer Sicht weniger wichtig, als ob es Resonanz findet.

Gershberg und Illing behaupten zu Recht, jede politische Ordnung hänge von der zugrunde liegenden politischen Kultur ab. Tatsächlich sind demokratische Institutionen nur so stark, wie das Vertrauen der Menschen sie macht. In dieser Hinsicht ist das Theorem der Autoren, die Demokratie sei ständig gefährdet, richtig. Gershberg und Illing übersehen aber, dass auch Institutionen Diskurse prägen können – und auch sollen. Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim. Die Autoren vernachlässigen, dass systematisch gegen destruktive Desinformation vorgegangen werden muss.

INSTITUTIONELLES VERSAGEN

International gibt es viel populistische Propaganda im Internet. Ein wichtiger Grund ist, dass die US-Gesetzgebung Internetplattformen von der Haftung für Inhalte befreit hat. Das US-Recht ist maßgeblich, weil viele wichtige Internetunternehmen ihren Sitz in den USA haben und es keine internationalen Bestimmungen gibt. Verbreiten konventionelle Medien Fehlinformationen, können sie dafür belangt werden – Social-Media-Plattformen aber nicht. Der US-Kongress könnte – und sollte – die Flut von Fake-News-Propaganda entsprechend eindämmen.

Nach zwei totalitären Diktaturen in Deutschland wissen wir, dass die Demokratie sich verteidigen muss. Nach deutschem Recht müssen Social-Media-Unternehmen innerhalb von 24 Stunden alle Hassrede-Posts, auf die sie hingewiesen werden, von ihrer Plattform zu nehmen. Anders als in den USA regulieren sich die Unternehmen diesbezüglich nicht selbst.

Dieses deutsche Gesetz entspricht einem EU-Kompromiss. Andere Mitgliedsländer haben entsprechende Regeln.

Institutionell wäre mehr möglich. Da freie Rede gefährlich sein kann, sollte das Publikum immer wissen können, wer für eine veröffentlichte Aussage verantwortlich ist. Auf Social-Media-Plattformen ist das oft nicht der Fall. Accounts können gefälscht sein, und die Plattformen selbst sind nicht haftbar.

Auch stimmt die Einschätzung der beiden Autoren nicht, das Internet erlaube jedem gleichermaßen, an öffentlichen Debatten teilzunehmen. Im digitalen Raum sind nun mal nicht alle gleich. Laut Gershberg und Illing dürfen alle posten, was sie wollen, und die Internetkonzerne liefern dann den Nutzenden das, was diese sich wünschen. Auf Algorithmen gehen sie nicht ein, obwohl diese bekanntlich manche Themen wegdrücken und andere hervorheben. Zum Beispiel werden bei Facebook Posts gepusht, wenn in entsprechende Werbung investiert wird. Viele können sich das nicht leisten, andere können aber dafür viel Geld ausgeben.

Richtig ist, dass Netznutzende aus dem auswählen, was die Algorithmen ihnen zeigen. Sie wissen aber nicht, was ihnen vorenthalten wird. Wenn Sie uns auf Facebook folgen, können Sie das ausprobieren, indem sie vergleichen, welche E+Z/D+C-Inhalte in Ihrer Timeline erscheinen, was wir auf unserer Profilseite posten und was wir auf der Website veröffentlichen. Sie werden sehen, dass der Facebook-Algorithmus Schlagzeilen nicht unterstützt, die auch nur ansatzweise kontrovers erscheinen können.

Algorithmen sind geheim. Wir Nutzende kennen sie nicht, wissen aber, dass sie Unternehmensinteressen dienen. Es geht um Gewinnmaximierung durch Lenkung unserer Aufmerksamkeit. Einerseits ist bekannt, dass potenziell umstrittene Themen auf unserer Website heruntergespielt werden. Andererseits wissen wir aber auch, dass YouTube und Facebook dazu neigen, Personen zu radikalieren, indem sie nach und nach extremere Inhalte anbieten, um die Aufmerksamkeit zu binden.

Darauf, dass russische Bot-Farmen spalterische News in westlichen Demokratien viral gehen lassen, gehen Gershberg und Illing nicht ein. Damit bleibt die Frage offen, ob sie automatisch programmierte Aussagen aus dem Ausland als freie, von westlichen Demokratien zu akzeptierende Meinungsäußerung betrachten.

Sie ignorieren auch, dass Desinformation in anderen Sprachen als Englisch besonders schlimm ist. Die halbherzige Selbstregulierung der Silicon-Valley-Riesen interessiert sich kaum für Beiträge auf Spanisch, Suaheli, Amharisch, Hindi, Tagalog et cetera. Zugleich wollen die Konzerne aber in Lateinamerika, Afrika und Asien im Geschäft bleiben und vermeiden es entspre-

chend, autokratische Regime zu irritieren. Ihre Algorithmen beschleunigen vielerorts minderheitenfeindliche Hetze, bremsen aber die Kritik an Regierungen.

Gershberg und Illing gehen auf all das nicht ein und verzichten entsprechend darauf, institutionelle Lösungen überhaupt zu diskutieren. Sie begnügen sich damit, dass radikale Rhetorik erlaubt ist und demokratische Ordnungen ermöglicht. Damit zeigen sie ein sehr verkürztes Verständnis von Demokratie, die sich eben nicht nur durch Meinungsfreiheit auszeichnet. Dem deutschen Soziologen Niklas Luhmann bedeutet Demokratie vor allem, dass die Opposition institutionell eine Alternativregierung in Warteposition ist. Sie kann im Prinzip jederzeit die Verantwortung übernehmen. Das macht Demokratien dynamischer und anpassungsfähiger als autokratische Systeme, welche die Regierung verherrlichen und jegliche Opposition delegitimieren.

DER INSTITUTIONELLE RAHMEN ZÄHLT

Gershberg und Illing negieren die Bedeutung von Institutionen. Entsprechend verzichten sie nicht nur auf Erwägungen, wie diese resilient gemacht werden, sondern verkennen auch, was Demokratien – ihre ausdrücklich favorisierte Staatsform – dy-

namisch macht. Es geht um mehr als die Freiheit, Missstände anzusprechen. Die Verfügbarkeit von Alternative ist wichtig. Der institutionelle Rahmen zählt.

Donald Trumps Aufstieg ins Weiße Haus 2016 wurde durch wütende Internet-rhetorik vorangetrieben. Aber er wurde auch durch die Institution des Electoral College ermöglicht, das ihm Macht gab, obwohl seine Gegenkandidatin Hillary Clinton fast 3 Millionen Stimmen mehr bekam. Diese Institution hat der Mehrheit den Willen verweigert. Zudem ermöglichte der demokratisch unausgewogene Senat es Trump, drei Richter am Supreme Court zu ernennen, wodurch die Mehrheit auf der Richterbank nun der Weltanschauung der Minderheit der Wähler und Wählerinnen entspricht, die republikanische Senatoren gewählt haben. Das sind institutionelle Unzulänglichkeiten und nicht einfach das Ergebnis unzivilisierter freier Rede.

Gershberg und Illing sehen den Brexit als zutiefst demokratisches Ereignis, weil die Wählerschaft entschied. Sie räumen aber ein, dass der Begriff nicht genau definiert war, und die Debatte darüber, was das tatsächlich bedeutet, erst nach der Entscheidung, die EU zu verlassen, richtig begann. Hätte der Begriff nicht vor dem Referendum geklärt werden müssen? Institu-



Hindu-Chauvinisten wie Premierminister Narendra Modi haben trotz Kastentrennung ein neues Gefühl der Einheit geschaffen.

tionell wäre das möglich gewesen – und es hätte einige Brexit-Paradoxien verdeutlicht. Stattdessen wurde zugelassen, dass populistische Rhetorik das Thema zu einer Frage des Patriotismus machte.

Die internationale Gemeinschaft steht vor riesigen Aufgaben. Wir brauchen globale Lösungen für globale Probleme. Autoritäre Regierungen werden diese nicht liefern – aber leider versagen auch demokratisch legitimierte Regierungen regelmäßig.

Im Schlagwortverzeichnis des Buchs werden für „Klimawandel“ nur drei Seiten angegeben. Ich habe es gründlich geprüft, auf der dritten kommt das Thema gar nicht vor. Die globale Erhitzung ist aber eine riesige Herausforderung auch für demokratische Staaten. Sie tun sich schwer mit langfristigen Problemen, weil alles Vorrang hat, was bis zur nächsten Wahl passiert. Viele unserer aktuellen Probleme hängen damit zusammen, dass den Menschen klar ist, dass es wegen der Klimakrise nicht weitergehen kann wie bisher. Einige leugnen das und bevorzugen systematisch Desinformation. Andere erkennen das Politikversagen und verlieren Vertrauen. Das wahre Paradoxon der Demokratie ist meiner Meinung nach, dass sie Lösungen für alles verspricht, aber alles vertagt, was nicht unmittelbar vordringlich ist.

Obwohl die drohende Selbstzerstörung unserer Spezies das dominierende Thema unsere Zeit ist, ignorieren Gershberg und Illing die Klimakrise. Dafür verschwenden sie viele Seiten mit Ausführungen über „ethnonationalistische“ Politik in diversen Ländern. Sie sind dabei so nachlässig, dass sie nicht einmal erwähnen, dass populistische Regierungen sehr oft von Wahlsystemen profitieren, bei denen zum Erfolg keine absolute Mehrheit der Stimmen nötig sind, sondern relative Mehrheiten reichen.

Es ist auch falsch, Indiens Premier Narendra Modi als „Ethnonationalisten“ zu bezeichnen. Er ist ein Hindu-Chauvinist, denn Indiens riesige muslimische Minderheit ist kein separates Volk. Die Autoren irren auch, wenn sie behaupten, Modi biete der hinduistischen Mehrheit attraktive Anreize. Der Hinduismus ist eine kastenbasierte Religion und eignet sich kaum für glaubensbasierte Solidarität. Der große Erfolg des Hindu-Chauvinismus besteht darin, dennoch einen hinduistischen Nationalismus geschaffen zu haben. Es ist erstaunlich, dass auch Angehörige niederer Kasten mitmachen. Das



Was „Brexit“ bedeutet, hätte vor dem Referendum definiert werden müssen: Lastwagen im Stau vor Dover im August 2022.

war früher nicht so, auch wenn gelegentlich antimuslimische Pogrome angezettelt wurden. In Modis Umfeld geben weiterhin die traditionellen Eliten aus hohen Kasten den Ton an, aber ihr Anspruch, für „das Volk“ zu sprechen, wirkt heute stärker als früher. Es gelingt ihnen heute, alle, die sich ihnen widersetzen, als „antinationale“ zu diskreditieren.

In den USA ist das ähnlich. Trump ist Milliardär, kein Mann des Volkes. In Harvard und Yale ausgebildete Senatoren unterstützen ihn und wettern gegen „Eliten“, als gehörten sie selbst nicht dazu.

PLUTOKRATISCHER POPULISMUS

Es gibt so etwas wie einen plutokratischen Populismus, aber den ignorieren Gershberg und Illing. Er dient den Superreichen, gibt aber vor, das breite Volk zu repräsentieren. Er gedeiht auf Vorurteilen, ist aber nicht gut darin, Politik zu gestalten. Es ist kein Zufall, dass jene, die von fossilen Brennstoffen profitieren, oligarchischen Populismus tendenziell befürworten – und das schließt Russlands Präsidenten Wladimir Putin und den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman ein.

Gershberg und Illing halten dagegen am irreführenden Narrativ fest, Trump mobilisiere schlicht „das Volk“ gegen „die Elite“. Ihr Buch wäre besser, wenn sie unter-

suchten, inwieweit dieses Narrativ nur von Internetmedien oder auch von konventionellen Medien genutzt wurde und wird.

Tatsächlich halfen konventionelle Medien Trump in vieler Hinsicht. Unter „Objektivität“ verstehen Journalisten in den USA, dass die beiden großen politischen Parteien gleich viel Raum und Gewicht verdienen. Zu wenige Medienhäuser haben überhaupt darauf reagiert, dass nur noch eine dieser Parteien Demokratie uneingeschränkt befürwortet. Antidemokratische Lügen wurden und werden somit als ebenso legitim dargestellt wie wahrheitsgemäße Warnungen vor autoritären Tendenzen.

Die internationale Gemeinschaft braucht gute Regeln für Internetkommunikation. Dieses Buch hilft nicht dabei, solche Regeln aufzustellen.

QUELLE

Gershberg, Z., and Illing, S., 2022: *The paradox of democracy – Free speech, open media and perilous persuasion*. Chicago/London, University of Chicago Press.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Das Risiko eingehen

Es gibt nicht genügend öffentliche Nahverkehrsmittel in Simbabwe. Deshalb erfreuen sich illegale Verkehrsmittel, sogenannte „Mushika-Shika“, zunehmender Beliebtheit. Mushika-shika bedeutet „schnell weg“. Bei den meisten Fahrzeugen handelt es sich um alte, ramponierte und ausranierte Autos, die hauptsächlich aus Japan kommen. Sie stoßen schmutzige Abgase aus und sind oft in einem schlechten technischen Zustand.

In der derzeit schlechten wirtschaftlichen Situation mit hoher Inflation bieten Mushika-Shika zwei Vorteile: Sie sind ein erschwichtiges Transportmittel und bieten Tausenden von arbeitslosen Jugendlichen eine Beschäftigungsmöglichkeit, sowohl hinter dem Steuer als auch in der Instandhaltung.

Mushika-Shika wurden in Simbabwe verboten, weil sie nicht straßentauglich sind und gegen alle Verkehrsvorschriften verstoßen. Trotzdem fahren sie weiter herum. In der Hauptstadt Harare könnten Millionen sonst nicht zur Arbeit

kommen. An einem normalen Arbeitstag, zwischen 7 und 16 Uhr, drängen sich Tausende von Menschen an den Busbahnhöfen vor den wenigen staatlichen Bussen. In diesen Warteschlangen werden manchmal sogar Frauen belästigt.

Die Mushika-Shika fahren Simbawwes Straßen auf und ab und spielen Katz und Maus mit der Polizei. Sie nehmen die Pendler schon für ein paar Cent mit. Ihre Attraktivität liegt nicht nur in den extrem niedrigen Preisen, sondern auch darin, dass sie schnell durch die schmalsten Gassen der Stadt manövrieren.

Der 28-jährige Tonderai Gato arbeitet in einem solchen Pendlerfahrzeug. Er ist nicht nur als Schaffner tätig, sondern fungiert auch als Mechaniker, wenn das Auto kaputtgeht, was jederzeit passieren kann. „Ich lasse meinen Körper bei offener Tür nach außen hängen, während das Auto mit 40 Meilen pro Stunde fährt, damit die Fahrgäste in das Auto passen“, sagt er.

Für Tonderai bedeutet sein Fahrzeug alles. „Es bezahlt unser Essen, das Schulgeld für die Kinder und die Arztrechnungen meiner Familie. Ich bin bereit, das Risiko auf mich zu nehmen“, sagt er.

„Die Mushika-Shika sind für maximal vier Fahrgäste ausgelegt, aber in jedem Wagen sitzen sage und schreibe zwölf Personen. Die Fahrer trinken oft bei der Arbeit, und die Autos sind nicht versichert“, sagt Zano Sikhosana, ein Gewerkschafter aus Harare, Simbawwes Hauptstadt. Die Polizei hat alle Hände voll zu tun, um den illegalen Taxis das Handwerk zu legen, doch das ist nicht zu schaffen, da eine Flut von ihnen die Straßen beherrscht.

Das Dilemma der Fahrgäste beschreibt die Friseurin Gladys Wemba: „Man hat die Wahl zwischen Pest und Cholera. Entweder du nimmst ein Mushika-Shika für 20 Cent und du kannst dir die Beine bei einem Unfall brechen, oder du nimmst einen sichereren staatlichen Bus, kommst eine Stunde zu spät zur Arbeit und wirst gefeuert.“



PROGRESS MWAREYA
ist freier Journalist im
Osten Simbawwes.
progressmwareya2@gmail.
com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 29.11.2022 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren. Wer beitragen will, ist dazu herzlich eingeladen.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashay, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, Vi.S.d.P.),
Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz),
Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Ronald Ssegujja Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Aviva Freudmann, Jan Walter Hofmann (Layout),
Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kürhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



STEP MAP



www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation



D+C

D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.
Media Production · Frankfurt am Main · 414 followers

See all 7 employees on LinkedIn

+ Follow

Visit website

More

Home About Posts Jobs People

Page posts

D+C D+C Development and Cooperation 414 followers
3h · 🌐

Ten years after #Tunisia's first free #elections, it increasingly looks as though its young #d...see more



EU must not simply watch Tunisia's democracy die
Development and Cooperation on LinkedIn · 3 years ago
by Hans Dembowski On 25 July, Tunisia's president Kais Saie...



Like



Comment



Share



Send

**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hinweisen.

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT | **E+Z**

MILITÄRPUTSCH

Antifranzösische Gefühle

Burkina Fasos zweiter Militärputsch in acht Monaten zeigt, dass sich die Sicherheitskrise der Sahelzone zuspitzt.

Von Karim Okanla

Ende September ergriff Ibrahim Traoré, ein Hauptmann der Armee, die Macht von Paul-Henri Sandaogo Damiba, einem Oberstleutnant. Damiba hatte im Januar den zivilen Präsidenten Roch Marc Christian Kaboré gestürzt.

Wie Damiba zuvor, verspricht nun auch Traoré, das Land vom Terrorismus zu befreien. Islamistische Aufständische richten im Norden des Landes Unheil an. Im Oktober kontrollierten sie etwa 40 Prozent des Landes. Unter Damiba ging es weiter bergab. Die wachsende Frustration der Bevölkerung nutzen Traoré und seine Verbündeten im Militär. Ihr Staatsstreich passt in das jüngste Muster, dass Offiziere putschen, weil sich die Sicherheitslage verschlechtert.

Burkina Faso ist ein armes Land mit einer Bevölkerung von etwa 19 Millionen Menschen. Massen leben von der Hand in den Mund. Die Umweltkrise macht es immer schwerer, ein Auskommen zu finden. Viele begrüßten daher Traorés Entscheidung, Lebensmittel in die von Dschihadisten gehaltene Stadt Djibo zu fliegen. Dort ist die humanitäre Lage ernst.

Traoré steht vor großen Herausforderungen. Das Militär ist gespalten. Hochrangige Offiziere genießen Vorteile, während die Truppen schlecht ausgerüstet sind. An der Front fehlt es manchmal sogar an Nahrung und Munition.

Zudem gibt es schon lange Machtkämpfe in den Streitkräften. 1987 stürzte Blaise Compaoré den charismatischen linken Militärdiktator Thomas Sankara. Compaoré war Sankaras Verbündeter, bis er sich gegen ihn stellte, ihn töten ließ und selbst Militärdiktator wurde. Compaoré stützte sich auf seine „Präsidentengarde“, die hauptsächlich aus Männern seiner Ethnie bestand. Es hieß, er habe Dschihadisten Schutzgeld bezahlt, damit sie das Land jahrelang verschonten.

2014 verlor Compaoré die Macht wegen einer Volksbewegung. Dennoch scheiterte der Versuch, eine funktionierende Demokratie zu schaffen. Traditionelle Führungspersonlichkeiten haben ohne Verfassungsrolle großen Einfluss. Wenn es schwierig wird, unterstützen sie tendenziell die Militärherrschaft. Viele fühlen sich zudem seit Jahren ignoriert.

Im Oktober feierten junge Menschen den Staatsstreich. Russische Flaggen wurden geschwenkt. Manche hoffen wohl, die paramilitärische Wagner-Gruppe und andere von Moskau unterstützte Organisationen könnten helfen, die Dschihadisten einzudämmen.

Am besten lässt sich die prorussische Haltung aber mit antifranzösischen Gefühlen erklären. Sie sind in ganz Westafrika stark. Die Menschen kennen die repressive Kolonialgeschichte und ärgern sich über die engen Beziehungen, die französische Präsidenten jahrzehntelang zu korrupten afrikanischen Amtskollegen – wie Compaoré in Burkina Faso – unterhielten. Gewalt eskaliert zudem in der Sahelzone, zunächst vor allem in Mali, seit mit dem Sturz von Libyens Diktator Muammar al-Gaddafi 2011 massenhaft Waffen verfügbar wurden.

Damals waren Nicolas Sarkozy und David Cameron, die damaligen Spitzenpolitiker Frankreichs und Britanniens, die Hauptprotagonisten der von den UN beschlossenen Intervention, die zu Gaddafis Ende führte, aber die folgenden Sicherheitsprobleme nicht in den Griff bekam.

Heute gilt Frankreich als schwächelnde, mittlere Macht, deren Anti-Dschihad-Einsatz in Mali gescheitert ist. Auch dort herrscht jetzt eine Militärregierung. In der eskalierenden Sahelkrise empfanden viele Afrikaner die Haltung der französischen Truppen als herablassend.

Die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS – Economic Community of West African States) hat keinen kohärenten Ansatz für den Umgang mit Militärregimen. Einige Spitzenpolitiker wie Macky Sall (Senegal) und Faure Gnassingbé (Togo) zeigen sich tolerant gegenüber deren harter Haltung. Präsident Alassane Ouattara aus Côte d'Ivoire hingegen sagt, dass er das Militär an der Macht nicht mag. Er findet, eine regionale Eingreiftruppe solle helfen, den Coups ein Ende zu setzen.

Burkina Faso braucht offensichtlich wirksame Unterstützung. Die Sicherheitslage ist ernst, und die Not der Menschen wächst.



KARIM OKANLA
ist Mediendozent und
freiberuflicher Autor in Benin.

karimokanla@yahoo.com



Russische Flaggen bei einer Pro-Putsch-Kundgebung in Ouagadougou Mitte Oktober.

WELTKLIMAKONFERENZ

Chance verpasst

Der Klimagipfel von Scharm el-Scheich wird in die Geschichte eingehen – obwohl er unterm Strich enttäuschte. Erstmals einigten sich die rund 200 Staaten darauf, einen Fonds für Klimaschäden einzurichten.

Von Jörg Döbereiner

Das sei „wegweisend“, betonte das Climate Vulnerable Forum, dem 58 bedrohte Staaten des globalen Südens angehören. Sie sehen den Fonds als Schritt zu mehr Klimagerechtigkeit. Reiche Staaten, die historisch den Großteil der klimaschädlichen Emissionen verursacht haben, sollen einzahlen. Ärmere Staaten, die kaum zur Klimakrise beigetragen haben, aber hart getroffen werden, sollen daraus Geld erhalten, um Schäden zu reparieren.

Das ist ein Erfolg für Entwicklungs- und Schwellenländer, die solch einen Fonds schon lange fordern. Viele von ihnen leiden bereits massiv unter extremen Wetterereignissen. Die Flutkatastrophe in Pakistan im Sommer traf mehr als 33 Millionen Menschen, die Schäden gehen in die zweistellige Milliardenhöhe (siehe Imran Mukhtar auf Seite 4). Der Fonds soll helfen, auf solche Desaster schnell und ausreichend zu reagieren. Allerdings bleibt das Vorhaben vage.

Es ist etwa unklar, wer wie viel einahlt. China, das Land mit den höchsten CO₂-Emissionen pro Jahr und den historisch betrachtet zweithöchsten nach den USA, will sich nicht beteiligen. Westliche Staaten argumentieren dagegen, es könne sich nicht länger hinter seinem traditionellen Status als Entwicklungsland wegducken. Chinas Kooperationsbereitschaft wird über den Erfolg globaler Klimafinanzierung mitentscheiden.

Derzeit kann von fairer Lastenverteilung keine Rede sein. Reiche Länder halten ihr altes Versprechen, Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern ab 2020 jährlich mit 100 Milliarden Dollar zu unterstützen, bisher nicht ein. Die hohe Verschuldung vieler Entwicklungsländer macht es ihnen kaum möglich, zur Bewältigung von Klimaschäden Kredite aufzunehmen –

und falls sie es noch können, rutschen sie mit jeder Flut und jeder Dürre tiefer in die Schuldenfalle. Wer über Klimafinanzierung spricht, muss deshalb auch über Schuldenpolitik reden.

Dass reiche Länder für Klimaschäden aufkommen, ist wichtig. Noch wichtiger wäre es, die Erderwärmung zu bremsen, damit die Schäden nicht noch schlimmer werden. Hier hat der Gipfel in Ägypten versagt. Zwar bekräftigten die Staaten das 2015 im Pariser Abkommen formulierte Ziel, die Erwärmung gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter auf 1,5 Grad zu begrenzen. Näher gekommen ist die Menschheit diesem Ziel in Scharm el-Scheich aber nicht. Dafür müsste die Nutzung fossiler Energie radikal reduziert werden. Die Abschlusserklärung erwähnt jedoch nur die Reduktion von Kohle, nicht aber von Öl und Gas. Der Widerstand der Fossil-Lobby und von Förderstaaten wie Saudi-Arabien und Russland war zu groß. Ebenso mangelte es an ehrgeizigen neuen Reduktionszielen auf nationalstaatlicher Ebene.

Die Zeit wird derweil immer knapper. Die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre wächst. Die Wissenschaft warnt, mit der derzeitigen Politik würden

die Temperaturen bis Ende des Jahrhunderts um 2,8 Grad steigen (siehe Suparna Banerjee auf Seite 5). Aber schon zwischen 1,5 und zwei Grad droht die Überschreitung unumkehrbarer Kippunkte, etwa der Kollaps wichtiger Eisflächen in Arktis und Antarktis. Die Folgen wären unkontrollierbar und verheerender als alle bisherigen Klimaschäden.

Um das Schlimmste zu verhindern, müssen möglichst viele Staaten – einschließlich EU und USA – jenseits von Weltgipfeln ihre Klimaanstrengungen schnell verstärken. Die Energiewende ist auch ökonomisch sinnvoll. Energie aus Sonne und Wind zu erzeugen, ist günstig wie nie. Zudem zeigt die jüngste Energiekrise, hervorgerufen durch den russischen Angriff auf die Ukraine, wie verheerend die Abhängigkeit von Importen aus Autokratien sein kann.

Klimapolitik erfordert internationale Kooperation – und unser gemeinsames Schicksal hängt davon ab, dass nationalistische Alleingänge wie die Russlands nicht alles unterminieren. Wie heiß der Planet im Jahr 2100 sein wird, hängt letztlich davon ab, ob die „Wende der Willigen“ gelingt. Und ja, auch die Glaubwürdigkeit des Westens steht mit auf dem Spiel.



JÖRG DÖBEREINER
ist Redakteur bei E+Z
Entwicklung und Zusammen-
arbeit/D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Samih Shukri (links), Außenminister von Ägypten, spricht während der Abschlusszeremonie beim UN-Klimagipfel COP27 im November in Scharm el-Scheich.

VÖLKERRECHT

Westliche Doppelmoral

Viele Entwicklungs- und Schwellenländer haben sich der Position des Westens zum Krieg Russlands in der Ukraine nicht angeschlossen. Ein Grund dafür: Die USA und ihre Verbündeten haben ihre eigene Glaubwürdigkeit in Bezug auf das Völkerrecht in der Vergangenheit stark beschädigt.

Von Kai Ambos

Die territoriale Integrität eines souveränen Staates wie der Ukraine kann nur auf dem Verhandlungsweg geändert werden, nicht aber mit Gewalt. Dafür steht das in der UN-Satzung festgeschriebene Gewaltverbot, die grundsätzliche Norm unserer völkerrechtlichen Ordnung. Wer diese Norm verletzt, stellt die Ordnung selbst infrage. Russland hat genau das getan: Mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das Land offenkundig Völkerrecht gebrochen und verschlimmert diesen Bruch täglich weiter, sei es durch unterschiedslose Flächenbombardements oder durch Landraub auf der Grundlage sogenannter Referenden und nachfolgender Annexionen.

Die Staaten des Westens unterstützen die Ukraine massiv mit politischen, finanziellen, humanitären und militärischen Mitteln. Zugleich haben sie umfangreiche Sanktionen gegen Russland verhängt. Sie erheben den Anspruch, mit ihrer Ukraine-Politik das Gewaltverbot zu verteidigen und die regelbasierte Völkerrechtsordnung wiederherzustellen. Nicht nur die Führungsmacht USA vertritt diese Position, sondern auch maßgebliche Politikerinnen und Politikern hierzulande, etwa Bundesaußenministerin Annalena Baerbock.

Auf internationaler Ebene erfährt die westliche Reaktion auf den russischen Angriffskrieg allerdings keineswegs umfassende Unterstützung. Eine Analyse der Resolutionen der UN-Generalversammlung vom 2. März (explizite Verurteilung des russischen Angriffskriegs) und vom 12. Oktober (Verurteilung der sogenannten Annexionen) zeigt: Zwar stimmten von 193 Staaten immerhin 141 beziehungsweise 143 für die jeweilige Resolution.

Doch ließen diese Staaten dieser Abstimmung nur sehr eingeschränkt und in kleiner Zahl – knapp über 40 Staaten – Taten folgen, etwa in Form von wirtschaftlichen Sanktionen und militärischer Unterstützung der Ukraine. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern auch erstaunlich angesichts der Schwere und Konstanz der russischen Völkerrechtsverletzung. Insbesondere mehrere Entwicklungs- und Schwellenländer haben sich dem Westen in dieser Hinsicht nicht angeschlossen.

Diese begrenzte globale Unterstützung hat mehrere Gründe. Sie reichen von in der Kolonialzeit begangenen Unrecht bis hin zur gegenwärtigen politischen, ökonomischen und/oder militärischen Unterstützung dieser Länder durch Russland.

Eine wichtige Rolle spielt aber auch, dass die Glaubwürdigkeit des Westens erheblich beeinträchtigt ist durch Völkerrechtsverletzungen westlicher Staaten in der jüngeren Geschichte. Die Liste ist leider lang. Besonders ins Auge fällt die US-geführte Invasion des Iraks im Jahr 2003 unter dem damaligen Präsidenten George Bush junior: Sie verstieß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot, weil sie weder durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates gedeckt war noch durch das Recht auf Selbstverteidigung. Ein aktuelleres Beispiel

sind Hinrichtungen ohne vorheriges Gerichtsverfahren durch Drohnen im Rahmen des US-amerikanischen „Kriegs gegen den Terror“, etwa die jüngste Tötung des Al-Qaida-Führers Aiman al-Sawahiri in der afghanischen Hauptstadt Kabul Ende Juli dieses Jahres. Solche Rechtsbrüche untergraben die Glaubwürdigkeit des Westens in Völkerrechtsfragen – auch wenn Russlands Angriff auf die Ukraine sich von diesen Völkerrechtsverletzungen in gradueller Hinsicht durchaus unterscheidet.

Der Verlust an Glaubwürdigkeit betrifft nicht allein die USA, sondern auch ihre Verbündeten. Auch Deutschland und die EU sollten sich deshalb völkerrechtlich noch konsequenter positionieren als bisher, etwa zu nichtlegalen Hinrichtungen. Sie sollten selbstbewusst benennen, wo ihre Interessen denen der USA entgegenstehen, und auch Kritik oder Bedenken äußern. Nur wenn sich der Westen selbst konsequent an das Völkerrecht hält, kann er es dort glaubwürdig verteidigen, wo es so massiv verletzt wird wie derzeit in der Ukraine.

BUCH

Ambos, K., 2022: Doppelmoral – Der Westen und die Ukraine. Frankfurt a.M., Westend.



KAI AMBOS

ist Professor für Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtsvergleichung, internationales Strafrecht und Völkerrecht an

der Uni Göttingen.
kambos@gwdg.de



US-Außenminister Antony Blinken besucht im September den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelenskyy in Kiew.

**Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu**



Navigation icons: X, -, +

Address bar: www.dandc.eu

Logo: **E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT**

Text: Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

Menu: SUBSAHARA-AFRIKA | MENA | SÜDASIEN | SÜDOSTASIEN | LATEINAMERIKA | BLOG

Search bar: Suche

Section: **MULTIPLIKATOR**
Was pro-russische Proteste in Westafrika bedeuten



Section: **Digitale Monatsausgabe**



Buttons: [Gratis PDF-Download](#)

Section: **Aktuelle Blog-Beiträge**

- The billionaires blue bird is in trouble
- In Sharm el-Sheikh, loss and damage must be on the agenda

Section: **Folgen Sie uns**



Footer: 28.11.2022 - von Jeffrey Voje
27.11.2022 - von Altonaz Shundu

INDONESIA 2022

IWF-Direktorin Kristalina Georgieva und der indonesische Präsident Joko Widodo während des G20-Gipfels in Indonesien im November.



SCHWERPUNKT

Staatsfinanzen in multipler Krise

„Der G20-Gipfel hat mich sogar etwas optimistischer gestimmt.“
IWAN J. AZIS, S. 20

„Je geringer das Pro-Kopf-Einkommen eines Landes, desto weniger Steuern nimmt es meist ein.“
PRAVEEN JHA, S. 22

„Der starke Dollar schadet Entwicklungsländern besonders, und zwar in mehrfacher Hinsicht.“
ANDRÉ DE MELLO E SOUZA, S. 24

„2022 lag die Kreditvergabe des IWF im dritten Jahr in Folge auf einem historischen Rekordniveau.“
KRISTINA REHBEIN UND MALINA STUTZ, S. 26

„In Schulbildung, Aus- und Fortbildung oder Forschung wurde nie viel investiert – weder öffentlich noch privat.“
SUNDUS SALEEMI, S. 28

„Schon vor der Corona-Pandemie hatte Sambia ein hohes Überschuldungsrisiko.“
**PETER MULENGA, CHIBVALO ZOMBE
UND CHARLES CHINANDA, S. 30**

„Die größte Herausforderung wird sein, auch Erwerbstätige im informellen Sektor zu erfassen.“
ALPHONCE SHIUNDU, S. 32



Gruppenfoto mit Bäume pflanzenden Regierungschefs und -chefinnen auf Bali.

GLOBAL GOVERNANCE

Die Probleme werden nicht geleugnet

Die Spitzenpolitiker der G20 – der Gruppe der 20 größten Volkswirtschaften der Welt – kamen im November auf Bali zusammen. Der indonesische Wirtschaftswissenschaftler Iwan J. Azis urteilt, die komplexen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, seien ihnen bewusst.

Iwan J. Azis im Interview mit Hans Dembowski

Wir leben in multiplen Krisen, welche die Inflation weiter verschärft. Sie ist zugleich eine Reaktion auf die Krisen. Sie verteilt Kaufkraft und damit Ressourcen um – aber ungeplant und unkoordiniert. Die Abschlusserklärung des G20-Gipfels benennt die Inflation und ermutigt Zentralbanken, die Situation in den Griff zu bekommen. Mir scheint die Botschaft konfus, denn Zentralbanken sind jetzt in einem Wettlauf zu höheren Zinsen. Alle versuchen, ihre Währungen wettbewerbsfähig zu halten und anderen Ländern eine größere Last aufzubürden (siehe André de Mello e Souza auf S. 24). Die G20 entstand 2008, um makroökonomische Politik zu koordinieren. Scheut die Gruppe davor jetzt zurück?

Nein, das glaube ich nicht. Mein Eindruck ist, dass alle beteiligten Spitzenleute sehen,

dass die aktuelle Polykrise komplexer ist, als sie bisher annahmen. Covid-19, Ukrainekrieg, Konjunkturerinbruch, Ernährungsunsicherheit, globale Erwärmung, Artenschwund und Inflation sind so verwoben, dass sie fast unlösbar werden. Trotzdem hat der Gipfel mich sogar etwas optimistischer gestimmt. Dass die wichtigsten Regierungen der Welt diese Dinge nicht leugnen, sondern sich um eine gemeinsame Basis bemüht haben, ermutigt.

Aber das ist noch keine Anti-Inflations-Strategie.

Der Handlungsspielraum einer Gruppe von 20 Regierungen ist nun mal begrenzt. Zwei Dinge treiben die Preise hoch:

- Erstens die Rückkehr zu normaler Geldpolitik nach Jahren des superbilligen Geldes. Seit der Finanzkrise 2008 hielten die Zentralbanken der Länder mit hohen Einkommen die Leitzinsen extrem niedrig. Das nannten sie „quantitatives Easing“, und es sollte träge Volkswirtschaften ankurbeln. Die lockere Geldpolitik trieb zuerst die Preise von Vermögenswerten hoch, und irgendwann nimmt dann die Inflation zu. Es musste früher oder später so kommen – und jetzt ist es so.

- Ausgelöst und verschärft wurde das durch realwirtschaftliche Schocks. Die Corona-Pandemie hat Lieferketten erheblich gestört. Dann hat der Angriff Russlands auf die Ukraine, Lebensmittel- und Energiepreise in die Höhe getrieben. Zunehmend verheerende Extremwetterereignisse können als realwirtschaftliche Schocks gelten. Auf der Nachfrageseite hat sich der Konsum nach der Pandemie wiederbelebt, insbesondere bei Gruppen mit hohen Einkommen.

Wir erleben also einen gewaltigen wirtschaftlichen Sturm. Da ist es sinnvoll, dass die Gipfelerklärung die Rolle unabhängiger Zentralbanken bekräftigt und zu Umsicht ermahnt.

Aber brauchen wir nicht mehr?

Es ist nicht zu erwarten, dass ein zweitägiges Gipfeltreffen alles regelt, zumal die Teilnehmenden nicht enge Verbündete sind, sondern miteinander konkurrieren und sogar gegnerisch agieren. Der große Widerspruch ist, dass alle wissen, dass internationale Zusammenarbeit nötig ist, sie aber auch Druck zur Entkopplung und Deglobalisierung verspüren. Die Rivalität ist gewachsen. Der Trend geht zu mehr regionaler und nationaler Entscheidungsfindung. Das lange bilaterale Treffen von Joe Biden und Xi Jinping war ermutigend, weil es trotz vieler Differenzen Kooperationswillen zeigte. Erfreulicherweise benennt die Erklärung alle großen Probleme, die gelöst werden müssen. Obwohl Russland G20-Mitglied ist, steht nicht nur drin, dass der Ukrainekrieg makroökonomische Probleme verschärft, sondern sogar, dass die meisten Beteiligten die Drohung mit Atomwaffen

inakzeptabel finden. Das ist erstaunlich deutlich.

Die Probleme zu benennen, die der Krieg verschlimmert, beendet weder den Krieg noch die Probleme.

Natürlich nicht, aber mehr konnten die G20 nicht tun. Es ist ein informelles Gremium mit makroökonomischem Mandat. Es kann Absichten äußern und, wenn es gut läuft, politische Maßnahmen zur Umsetzung koordinieren. Die Absichten stimmten in Bali. Wichtige globale Ziele wurden betont: Ernährungssicherheit, Klimaschutz, Erhalt der Ökosysteme, stabile Finanzarchitektur, regelbasierter Welthandel, inklusives Wachstum und so weiter. Versprochen wurde zudem, Maßnahmen zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen. Das Dokument betont, Frauen, Kleinbauern und -bäuerinnen, Jugendliche und gefährdete Gruppen verdienen besondere Aufmerksamkeit, damit niemand zurückgelassen wird.

Es fordert auch entsprechende Investitionen auf vielen Feldern – von umweltfreundlicher Infrastruktur und sauberer Energie über eine bessere Pandemievorsorge bis hin zu Bildung und Abfallwirtschaft. Wo das Geld herkommen soll, bleibt aber offen, abgesehen von Hinweisen, der Privatsektor und multilaterale Institutionen müssten mitspielen. Ist das größte Problem derzeit nicht, dass allen Nationen die nötige Finanzkraft fehlt? Ich finde, die Erklärung besagt zu wenig über einschlägige Themen wie Steuern, Klimafinanzierung oder Staatsschulden.

Ich verstehe Ihren Wunsch nach einem großen globalen Plan. Dass es daran mangelt, bedeutet aber nicht mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit, auf Probleme zu reagieren. Die G20 tun dies schrittweise. Die Abschlusserklärung unterstützt OECD-Bemühungen, die internationale Zusammenarbeit zur Durchsetzung des Steuerrechts und zur Eindämmung der Steuervermeidung zu verbessern. Sie verweist auch auf den UN-Gipfel zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba 2015, auf dem betont wurde, Entwicklungsländer müssten ihre Steuersysteme stärken, um mehr inländische Ressourcen zu mobilisieren.

All das mag kleinteilig wirken, aber Sie dürfen nicht vergessen, dass die G20 ein Club von 20 mächtigen, aber widerstreitenden Regierungen ist. Sie können nicht viel



Kohlekraftwerke werden schrittweise abgeschaltet, auch im indonesischen Labuan.

mehr tun, als bestehende internationale und multilaterale Initiativen zu bejahen – und vielleicht zu stärken. Was die Staatsfinanzen der geringstentwickelten Länder (Least Developed Countries – LDCs) angeht, haben die G20 sogar wichtige Schritte gemacht. Sie erlauben es den LDCs zunehmend, Sonderziehungsrechte (SZR), die G20-Mitgliedern gehören, für Entwicklungszwecke zu nutzen. SZR sind eine interne Verrechnungswährung des Internationalen Währungsfonds (IWF). 2021 gab der IWF neue SZR zur Linderung von Finanzengpässen in der Pandemie aus. Sie werden immer entsprechend den jeweiligen IWF-Anteilsquoten an die Mitgliedsländer verteilt, sodass Länder mit hohem Einkommen viel mehr bekamen als LDCs. Dass die G20-Mitglieder bereit sind, den LDCs die Nutzung dieser Mittel zu gestatten, ist vielversprechend.

Wie sieht es mit der Klimafinanzierung aus?

Die Erklärung betont, alle bestehenden Versprechen müssten erfüllt werden, und darüber hinaus sei mehr nötig. Aus indonesischer Sicht war die Vereinbarung, die dortigen Kohlekraftwerke innerhalb von zehn Jahren auslaufen zu lassen, am wichtigsten. Sie wurde beim Gipfel geschlossen, ist aber nicht Teil der Erklärung. Es geht mit Unterstützung der EU, anderer G20-Partner und dem Privatsektor insgesamt um 20 Milliarden Dollar. Ein ähnliches Abkommen kam

im vergangenen Jahr mit Südafrika zustande. Ein weiteres mit Vietnam ist geplant. Das geht in die richtige Richtung.

Hätte die Staatsverschuldung, die vielerorts schlimmer wird, nicht mehr Aufmerksamkeit verdient?

Die Abschlusserklärung erkennt das Problem an. Sie erwähnt ausdrücklich Sambia, Tschad und Äthiopien und unterstützt die IWF-Politik in diesen Ländern. Sie bekundet auch Besorgnis über wachsende Schuldenprobleme in Ländern mit mittlerem Einkommen. All das zeugt von grundsätzlicher Handlungsbereitschaft. Während der Pandemie sorgten die G20 auch für die Aussetzung des Schuldendienstes von LDCs. Ohne diesen Schritt wäre die Situation heute viel schlimmer.

Ist das eigentliche Problem nicht, dass die G20 sich über die Umschuldung uneinig sind? China verlängert gern Kredite, erlässt sie aber nicht. Regierungen von Hoheinkommensländern werfen Peking vor, die LDCs in Schuldenfallen zu locken. Die chinesische Kreditvergabe ähnelt den Entwicklungskrediten etablierter Geberländer in den 1970er- und 1980er-Jahren. Mit hohem Infrastrukturaufwand sollte das Wachstum angekurbelt werden, das Resultat war jedoch Überschuldung. Auch etablierte Geberländer sind nicht von Schuldenerlassen begeistert, aber im Gegensatz zu China haben sie die Erfahrung der erfolgreichen multilateralen Umschuldungspolitik um die Jahrtausendwende herum gemacht.

Sie sprechen wichtige Fragen an, aber ich denke, eine Stärke des G20-Gipfels war, dass er die Vergangenheit nicht wieder aufgerollt hat. Wenn westliche Regierungen China wegen der Kreditpolitik ermahnt hätten, hätte China sich über allzu laxen Leitzinsen beschweren können. Es war klug, auf Schuldzuweisungen zu verzichten und nach vorn zu schauen.



IWAN J. AZIS
ist Professor an der Cornell University in Ithaca, New York, und Gastprofessor an der University of Indonesia in

Jakarta. Als wissenschaftlicher Berater der indonesischen Zentralbank nahm er an mehreren Seminaren im Vorfeld des G20-Gipfels teil.

<http://iwanazis.com/>



Die Finanzmärkte lehnten die britische Haushaltspolitik ab, die ihnen zuliebe angekündigt wurde, sodass Premierministerin Liz Truss und Finanzminister Kwasi Kwarteng nur kurz im Amt blieben.

HAUSHALTSPOLITIK

Wie Staatsfinanzen gestärkt werden können

Die Budgets vieler Entwicklungs- und Schwellenländer sind allzu knapp bemessen. Das muss nicht so sein.

Von Praveen Jha

Die Zwangslage vieler Regierungen wird verständlich, wenn wir sie langfristig betrachten. Seit den späten 1970er-Jahren ist es schwierig geworden, Steuern zu erhöhen. In der Zeit des regulierten Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg war das leichter. In Indien lag der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer zeitweilig bei 97 Prozent, in Britannien bei 95 Prozent und selbst in den USA bei 92 Prozent.

In der Nachkriegszeit wuchs die Wirtschaft schnell. Staatsausgaben dienten dem Infrastrukturausbau und der Reduktion von Ungleichheit. In Industrie- wie Entwicklungsländern stieg die Produktivität rasant. Hohe Steuersätze führten auch zu Hinterziehung – aber nicht in dem Maße, dass die Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit der Staaten behindert worden wäre.

Den Paradigmenwechsel zum Markt-fundamentalismus trieben in den 1970er- und 1980er-Jahren Premierministerin Margaret Thatcher in London und Präsident Ronald Reagan in Washington voran. Auch Weltbank und Internationaler Währungsfonds unterstützten ihn. Priorität war fortan der ungehinderte internationale Fluss von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Man erwartete Großes von der Marktdynamik, die wirtschaftspolitische Autonomie der Nationalstaaten wurde drastisch eingeschränkt. Die Ära der neoliberalen Globalisierung hatte begonnen.

Das Finanzkapital wurde sehr mächtig. Grenzüberschreitende Geldflüsse übersteigen heute den Wert von Handel und Direktinvestitionen – vor allem wegen der Spekulation mit Aktien, Staatsanleihen, Währungen, Warentermingeschäften und anderen Derivaten.

Diese „Finanzialisierung“ lässt sich nicht leicht messen. Doch zeigt das Verhältnis vom Volumen der weltweiten Finanztransaktionen zu den Transaktionen für den

Welthandel die Dimension des Problems. Es stieg von 1973 bis 2004 um den Faktor 45 von 2:1 zu 90:1. 2017 betrug der Wert des Welthandels 17,9 Billionen Dollar im Jahr. Dagegen beliefen sich die Finanztransaktionen im selben Jahr auf 5,1 Billionen pro Tag, wie eine Transnational-Institute-Publikation von Frances Thomson und Sahil Dutta (2018) zeigt.

ABWÄRTSMARATHON

Finanzinvestoren mögen weder Einkommens- noch Unternehmenssteuern. Also senkten Regierungen weltweit peu à peu ihre Steuersätze in einem Abwärtsmarathon. Sie wollten ihre Wirtschaft so wettbewerbsfähig halten. Länder mit hohem Einkommen haben heute meist einen Spitzensteuersatz unter 50 Prozent. Auch die bei Anlegern unbeliebten Vermögens- und Erbschaftssteuern welkten dahin.

Stattdessen stürzten sich Regierungen stärker auf indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer. Diese betreffen Konsumausgaben und belasten vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen, die ihr Geld weitgehend für Alltagsbedürfnisse ausgeben müssen.

Offensichtlich gelingt es Nationalstaaten kaum noch, die nötigen Steuern einzunehmen. Entsprechend finanzieren sie Staatsausgaben zunehmend durch den Verkauf von Staatsanleihen, nehmen also Schulden auf.

In Entwicklungsländern ist die Lage besonders schwierig. Die Mitglieder der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development), eines Clubs reicher Länder, haben einen durchschnittlichen Staatsanteil von 33 Prozent der Wirtschaftsleistung. Bei Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen liegt die Vergleichsquote zwischen zehn und 30 Prozent, meist eher im unteren Bereich. Unterschiedliche Institutionen kommen zu unterschiedlichen Schätzungen der Staatsquoten, offensichtlich ist aber dennoch: Entwicklungs- und Schwellenländer entsprechen dem marktradikalen Ideal des „schlanken Staates“, der kaum in die Wirtschaft eingreift, stärker als OECD-Länder.

Die internationale Gemeinschaft steht vor großen Problemen. Die Liste ist lang und umfasst Klimakrise, Erosion der Biovielfalt, hohe Inflation, enorme Staatsverschuldung, anhaltende Pandemiefolgen, die Implikationen des russischen Angriffs auf die Ukra-

ine und anderes mehr. Es liegt nahe, dass Regierungen den gewachsenen Aufgaben nur mit größerem Finanzspielraum gerecht werden können.

Dies gilt besonders für Entwicklungsländer und erst recht für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs – least developed countries), die Dollar-Schulden bedienen müssen. Bei höherem Wechselkurs steigt die Schuldenlast, weil sie einen größeren Anteil des in der Landeswährung gemessenen BIP ausmacht (siehe André de Mello e Souza auf Seite 24 dieser Ausgabe).

Die Steuereinnahmen besonders von LDCs bleiben aus zwei Gründen gering:

- Viele Menschen hängen von Subsistenzlandwirtschaft ab, die nicht monetarisiert wird und somit nicht zählt.

- Informelle Wirtschaftsaktivität wird staatlich weder reguliert noch besteuert.

Je geringer das Pro-Kopf-Einkommen eines Landes ausfällt, desto weniger Steuern nimmt es meist ein. Daher fällt es Regierungen in Ländern mit niedrigen Einkommen besonders schwer, Infrastruktur zu bauen und öffentliche Dienstleistungen bereitzustellen.

Also muss geprüft werden, wie die Steuerbasis erweitert und vertieft werden kann. Zentrale Punkte sind dabei die Erhebung direkter Steuern auf Einkommen und Vermögen, die Einführung von Sozialabgaben und die Eindämmung illegitimer Finanzströme (siehe Kasten).

In der internationalen Debatte wird die staatliche Entwicklungshilfe (ODA – of-

ficial development assistance) oft als maßgeblich dargestellt. Laut OECD geben die Regierungen der reichen Länder derzeit rund 179 Milliarden Dollar im Jahr aus, um Entwicklungsländer zu unterstützen. UN-Schätzungen zufolge ist das etwa doppelt so viel, wie illegitime Finanzströme allein aus Afrika wieder abfließen lassen. Diese Ströme sind selbstredend schwer messbar. Andere Schätzungen fallen weit höher aus.

2012 beliefen sich die illegitimen Finanzströme aus Entwicklungsländern gemäß einem Arbeitspapier der multilateralen Organisationen ILO, UNICEF und UN Women auf rund 1000 Milliarden Dollar (Ortiz et al., 2017). Die gesamte ODA, welche OECD-Länder an Entwicklungsländer zahlen, belief sich im selben Jahr auf 120 Milli-

Die Steuerbasis erweitern und vertiefen

Drei Dinge sind besonders wichtig, wenn die Staatseinnahmen von den am wenigsten entwickelten Ländern und Entwicklungsländern allgemein steigen sollen. Steuern sollten progressiv sein, Sozialabgaben sind sinnvoll, und illegitime Finanzströme müssen reduziert werden:

- Es ist wichtig, die Steuerbasis zu erweitern und dafür das Steuerrecht zu reformieren. Es reicht nicht, den Konsum über Verkaufs- oder Mehrwertsteuern zu belasten. Solche Steuern sind regressiv und treffen Geringverdienende am stärksten. Nötig sind Steuern auf Einkommen, Unternehmensgewinne, Privatvermögen und Erbschaften, denn sie belasten zahlungskräftige Menschen stärker. Eine grobe Schätzung meines Kollegen Prabhat Patnaik von der JNU zeigt, dass in Indien die Staatseinnahmen mit Vermögens- und Erbschaftssteuer leicht um bis

zu 70 Prozent erhöht werden könnten. Nötig wären dafür eine zweiprozentige Vermögenssteuer für das reichste Prozent der Bevölkerung sowie eine Erbschaftssteuer von 25 Prozent (wenn, wie angenommen, jedes Jahr fünf Prozent der reichsten Menschen ihr Vermögen an ihre Kinder vererben). Auch „Sündensteuern“ auf Klimaemission oder Luxusgüter wie Alkohol können sinnvoll sein, aber damit lässt sich längst nicht so viel Geld eintreiben. Auch Steuern auf internationale Finanzströme könnten die Staatseinnahmen stärken.

- Anders als Länder mit hohen Einkommen erheben Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen selten Sozialabgaben wie in Deutschland. Letztere heißen in den USA „payroll taxes“ und in Britannien „national insurance“. Das Geld wird wie eine Einkommenssteuer erhoben und finanziert

Altersrenten, Arbeitslosenhilfe und andere Sicherungssysteme. Auch Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen würden von solchen Systemen profitieren. Die Herausforderung besteht darin, den informellen Sektor zu formalisieren, um Sozialabgaben für alle Erwerbstätigen erheben zu können.

- Die internationale Gemeinschaft muss illegitime Finanzströme in den Griff bekommen. Allein aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara flossen nach Schätzung

der UNCTAD bis 2020 rund 89 Milliarden Dollar, darunter Einnahmen aus illegalem Drogen- und Waffenschmuggel, Menschenhandel und anderen Formen der organisierten Kriminalität. Auch Steuerhinterziehung zählt dazu sowie legale Formen der Steuervermeidung, wie etwa die „Gewinnverschiebung“, bei der multinationale Unternehmen ihre in einem Land erwirtschafteten Gewinne in einem anderen Land mit niedrigeren oder ohne Steuern anmelden. PJ



Reichtum zu besteuern würde helfen: Milliardär Gautam Adani (vorne) bei einer Wirtschaftskonferenz in Kalkutta im April 2022.

arden Dollar, also gerade einmal ein Achtel der illegitimen Finanzflüsse.

Tatsächlich macht ODA nur einen kleinen Bruchteil der gesamten internationalen Transaktionen aus. In den letzten Jahrzehnten ist wesentlich mehr Geld vom globalen Süden in den globalen Norden geflossen. ODA ist somit nur ein kleines Pflaster auf einer offenen Wunde. Eine konzertierte Aktion, um Staatsschulden zu erlassen und umzustrukturieren, würde vielen Volkswirtschaften in der Krise helfen – zumal der starke Dollar den Schuldendienst weiter verteuert.

Leider werden ODA-Versprechen auch unzureichend eingehalten. Seit den 1970er-Jahren sollen reiche Länder 0,7 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zahlen. Im Schnitt zahlen sie aber nur 0,33 Prozent. Es passt ins Bild, dass Klimafinanzierungsversprechen auch nicht komplett erfüllt werden. Das muss sich ändern.

All diese Dinge sind wichtig, aber konsequentes Handeln bleibt unwahrscheinlich, solange die internationale Gemein-

schaft nicht zu einem Paradigma wechselt, das stärker auf die Realwirtschaft setzt als auf die flüchtigen Launen des Finanzkapitals. Die Marktkräfte haben die aktuellen Krisen nicht verhindert. Sie haben sie vielmehr weitgehend verursacht. Statt Oligarchen zu stärken, muss staatliche Politik den Alltagsbedürfnissen der Massen entsprechen und für den Erhalt der Natur sorgen, von der die Überlebensfähigkeit jeder Gesellschaft abhängt.

Es wird immer klarer, dass die Vision vom „schlanken Staat“ in Katastrophen führt. Möglicherweise ist der neue Paradigmenwechsel auch schon im Gange. Es war faszinierend, wie die Finanzmärkte Liz Truss – sieben Wochen lang Großbritanniens Premierministerin – kürzlich für politische Entscheidungen abstrafte, die diese ihnen zuliebe getroffen hatte. Truss wollte Steuern senken und Schulden erhöhen. Finanzanleger waren schockiert und trieben daraufhin die Kosten für britische Staatsanleihen in die Höhe, was Truss' Strategie durchkreuzte und sie zum Rücktritt zwang.

Bemerkenswerterweise hat sich auch die Rhetorik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank geändert. Ihre Haltung gegenüber verschuldeten Ländern ist aber weitgehend gleich geblieben (siehe Rehbein und Stutz auf S. 26 dieser Ausgabe). Hier wäre Wandel besonders dringlich.

QUELLEN:

Ortiz, I., Cummins, M., and Kurananethy, K., 2017: *Fiscal space for social protection and the SDGs*.

<https://www.social-protection.org/gimi/RessourcePDF.action?id=51537>

Thomson, F. and Dutta, S., 2018: *Financialisation: a primer*.

<https://www.tni.org/en/publication/financialisation-a-primer>



PRAVEEN JHA
lehrt Wirtschaft an der
Jawaharlal-Nehru-Universität
(JNU) in Delhi.
praveenjha2005@gmail.com

MAKROÖKONOMIE

Die Last des starken Dollars

Der Dollar wertet derzeit schnell auf. Das stellt viele Entwicklungs- und Schwellenländer vor Probleme, insbesondere vor dem Hintergrund der Auswirkungen von Covid-19-Lockdowns und der russischen Invasion in der Ukraine. Die Zentralbanken der Länder mit hohem Einkommen schenken den globalen Auswirkungen ihrer Entscheidungen wenig Beachtung.

Von André de Mello e Souza

Die Wechselkurse sind zuletzt immer volatiler geworden. Angesichts der Inflation hat die Fed (Federal Reserve – die Zentralbank der USA) die Leitzinsen mehrmals erhöht. Zu Jahresbeginn lagen sie fast bei null und bewegten sich Ende Oktober zwischen drei und 3,25 Prozent. Das Bemühen, steigende Preise zu kontrollieren, erhöht das Risiko

einer Rezession nicht nur in den USA, sondern auch weltweit.

Die Pandemie und der Krieg haben Unsicherheiten erhöht, Investoren sind daher risikoscheuer geworden. Höhere Zinsen verteuern zudem realwirtschaftliche Investitionen, die für Wachstum wichtig sind. Solche Investitionen werden üblicherweise zumindest teils mit Krediten finanziert. Hohe Zinssätze wirken daher grundsätzlich wachstumshemmend. Das gilt für alle Volkswirtschaften, auch die USA.

Leider haben die von Zentralbanken bestimmten Leitzinsen aber nur sehr geringe Auswirkungen auf Energie- und Lebensmittelpreise, die derzeit die Haupttreiber der Inflation sind. Hohe Zinsen verteuern jedoch Investitionen in erneuerbare Energien, die Importe fossiler Brennstoffe ver-

ringern könnten und Volkswirtschaften der Nachhaltigkeit näherbringen.

Die Zinspolitik der Fed hat auch international Auswirkungen: Höhere Zinsen machen den Dollar, der vielen Anlegern als sicherer Hafen gilt, noch attraktiver. Also steigt der Dollarkurs im Verhältnis zu anderen wichtigen Währungen. Dabei schadet der starke Dollar Entwicklungsländern besonders, und zwar in mehrfacher Hinsicht:

- Viele von ihnen bekommen keine Kredite in ihrer eigenen Währung, sondern in Dollar. Sie müssen also sowohl Rück- als auch Zinszahlungen (zusammen „Schuldendienst“ genannt) in Dollar leisten. Die Aufwertung des Dollars verteuert also Kredite, gemessen in der Landeswährung. Die Schuldenlast – in vielen Ländern bereits ein großes Problem – wird so immer schwerer.
- Um eine Abwertung ihrer eigenen Währungen zu verhindern, müssen die Zentralbanken anderer Länder dem Beispiel der Fed folgen und ihre Zinsen anheben. In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern sind diese bereits recht hoch. Das hilft zwar, die Kapitalflucht in sicherere Finanzanlagen in den USA einzudämmen, macht aber



Wechselstube in Rio de Janeiro im Oktober.

zugleich realwirtschaftliche Investitionen noch unattraktiver.

- Sollte ein Dollar-Kredit refinanziert werden müssen, werden die Bedingungen für einen neuen Kredit nicht nur einem höheren Wechselkurs Rechnung tragen, sondern auch zu einem höheren Zinssatz vergeben.

Die Situation ist vertrackt. Einerseits wollen die Zentralbanken der Entwicklungsländer ausländische Investoren anlocken. Andererseits verteuern steigende Zinssätze die inländische Kreditaufnahme und bremsen das Wachstum aus. Längerfristig reduziert geringeres Wachstum auch die Staatseinnahmen, was Schuldenprobleme zuspitzt.

AUSWIRKUNGEN AUF DEN HANDEL

Der stärkere Dollar wirkt sich auch auf den Außenhandel aus, zumal die US-Währung bei internationalen Transaktionen dominiert. Selbst Unternehmen außerhalb von Dollar-Volkswirtschaften verwenden ihn, um Geschäfte abzuwickeln. Insbesondere der Rohstoffhandel bedient sich des Dollars. Rohstoffexportierende Länder können deshalb in gewissem Maße vom starken Dollar profitieren.

Allerdings verzeichnen auch andere Volkswirtschaften oft einen Anstieg ihrer Ausfuhren. Das liegt daran, dass der hohe Dollarkurs ihre Waren für ausländische Käufer relativ billig macht. Zugleich verteuern

ern sich aber in der jeweiligen Landeswährung die Einfuhren. Das gilt sowohl für Konsumgüter – einschließlich Lebensmittel, auf die einige Länder angewiesen sind – als auch für Zwischenprodukte zur Herstellung anderer Güter. Infolgedessen können inländische Unternehmen gezwungen sein, ihre Investitionen und/oder ihre Produktion zu verringern.

Wichtig ist auch, dass die meisten Entwicklungsländer sogenannte Preisnehmer sind: Sie können Weltmarktpreise nicht beeinflussen. Sie müssen ihre Waren zu den gerade geltenden Preisen verkaufen. Folglich leiden die meisten Volkswirtschaften unter dem hohen Dollar, selbst wenn ihre Exportsektoren vom starken Dollar profitieren mögen.

Die hohe Volatilität eines Wechselkurses ist außerdem per se ein Problem. Schnelle und unvorhersehbare Schwankungen tragen zu einem allgemeinen Gefühl der Unsicherheit bei. Am schnellsten veränderte sich in diesem Jahr bisher der Wechselkurs des russischen Rubels (hauptsächlich wegen des Krieges), gefolgt von der türkischen Lira und dem brasilianischen Real. Solche heftigen Schwankungen sind für die Realwirtschaft kontraproduktiv, da sie zu abrupten Umkehrungen der Kapitalströme führen und Planung erschweren. Die Schwelle, ab der sich die Volatilität des Wechselkurses negativ auf die Realwirtschaft auswirkt, ist in kleinen Volkswirtschaften in der Regel niedriger als in großen.

Schließlich hat eine übermäßige Volatilität auch Auswirkungen auf die Geldpolitik. Sie kann die Geldpolitik ineffektiv machen, insbesondere wenn es Unstimmigkeiten zwischen der Politik der Zentralbanken und der Finanz- und Wirtschaftsminister gibt. Anhaltende Interventionen der Zentralbanken, um Wechselkurse zu stabilisieren, können darüber hinaus hohe Kosten verursachen, etwa in Form von schwindenden Währungsreserven und/oder dem Kauf von Vermögenswerten von zweifelhaftem Wert durch die Zentralbank.

Der steigende Dollar verschärft derzeit vielerorts wirtschaftliche Probleme. Die Politik der Fed bedeutet härtere Zeiten für die meisten ärmeren Länder. In geringerem, aber dennoch wichtigem Maße ist auch die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) problematisch. Sie erhöht ebenfalls ihre Zinssätze, wenn auch langsamer.

Die Zentralbanken von Ländern mit hohem Einkommen nehmen kaum Rücksicht darauf, welche Auswirkungen ihre Entscheidungen auf ärmere Weltregionen haben. Die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern kennen das. Westliche Länder appellieren an das globale Gemeinwohl, wenn es ihnen passt, verfolgen ansonsten aber gern nationale Sonderinteressen.

Leider haben Entwicklungsländer kaum Möglichkeiten, die Herausforderungen schwacher Währungen und hoher Kursvolatilität zu angehen. Nötig wäre präventives Handeln. Generell sollten die Regierungen der Entwicklungsländer eine nachhaltige Kreditpolitik und solide Staatseinnahmen im Inland anstreben.

Selbst in schwierigen Zeiten muss die Politik jedoch ihr Bestes tun, um das Wirtschaftswachstum mit Investitionsanreizen anzukurbeln und gleichzeitig die Staatsfinanzen zu entlasten. Die internationale Gemeinschaft wiederum muss mehr tun, um die Umstrukturierung der Schulden zu beschleunigen. Dies wird entscheidend sein, um die Entwicklungsländer wieder auf einen nachhaltigeren finanzpolitischen Pfad zu bringen.



ANDRÉ DE MELLO E SOUZA ist Wirtschaftswissenschaftler bei Ipea (Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada), einer staatlichen

Denkfabrik in Brasilien.

andre.demelloesouza@alumni.stanford.edu



Sri Lanka ist pleite: Demonstration in Colombo im April 2022.

IWF

Reform der Schuldenpolitik nötig

Der Internationale Währungsfonds (IWF) spielt in der aktuellen globalen Schuldenkrise eine zentrale Rolle. Seine Analysen entscheiden mit darüber, wie Gläubiger und Politik mit den Schulden eines Landes verfahren. Der IWF muss mehr tun, um die Schuldenkrise nicht weiter zu verschleppen, sondern sie konstruktiv anzugehen.

Von Kristina Rehbein und Malina Stutz

IWF-Direktorin Kristalina Georgieva und Weltbank-Präsident David Malpass zählen zu den lautesten Stimmen, die öffentlich rasche Schuldenerlasse für kritisch verschuldete Länder fordern. Doch anstatt von Überschuldung bedrohte Länder zu Umschuldungen zu ermutigen, reagiert der IWF im konkreten Länderfall äußerst zurückhaltend. Restrukturierungsmaßnahmen werden nur zögerlich als mögliche Option in den Länderberichten diskutiert oder bei der Vergabe von Krediten zur Bedingung gemacht.

In seinen mehr als 100 Analysen zwischen November 2020 und Januar 2022 nennt der IWF bei 44 Ländern mit hohem

Überschuldungsrisiko in nur fünf Ländern Schuldenerlasse als mögliche Option. Bei diesen handelt es sich um Angola, die Seychellen, Malawi, den Tschad und Suriname. Von diesen fünf Ländern war allerdings Suriname bereits im Zahlungsverzug, und der Tschad befand sich bereits in laufenden Umschuldungsverhandlungen. In allen anderen Fällen zog der IWF Umschuldungen nicht in Betracht oder nannte sie als Möglichkeit zur Verbesserung der Schulden Tragfähigkeit. Dies ist problematisch, da die Empfehlungen des IWF Regierungen als Handlungsrichtlinie dienen.

Noch relevanter ist dies, wenn der IWF selbst als Kreditgeber in Krisenzeiten einspringt. Gemäß den eigenen Statuten darf die Institution nur an Länder Kredite vergeben, denen die Rückzahlung mit hoher Wahrscheinlichkeit möglich ist. Stellt der IWF selbst fest, dass dies nicht der Fall ist, muss er die Vergabe seines Kredites davon abhängig machen, dass die bisherigen Gläubiger Schulden erlassen und so die Schuldenlast gesenkt wird.

Dies ergibt auch deshalb Sinn, weil der Schuldnerstaat die IWF-Mittel sonst da-

für nutzen könnte, eine eigentlich notwendige Umschuldung zu verzögern. Er kann mit den frischen Mitteln des IWF zunächst seine Gläubiger weiter ausbezahlen. Ist das Land aber nicht nur vorübergehend knapp bei Kasse, sondern bereits überschuldet, ist es wahrscheinlich, dass es ohne Schuldenerlass wirtschaftlich nicht wieder auf die Beine kommt.

Werden Schulden mit IWF-Krediten bezahlt und eine Umschuldung wird später unvermeidbar, ist davon auszugehen, dass sich ein Teil der Gläubiger bereits aus dem Land zurückgezogen hat und somit nicht mehr an der Krisenlösung beteiligt werden kann. Multilaterale Gläubiger wie der IWF halten dann einen größeren Anteil der ausstehenden Verbindlichkeiten. Dies macht zukünftige Restrukturierungen schwieriger. Denn Kredite von multilateralen Gläubigern wie dem IWF gelten als nicht restrukturierbar. Diese Verlagerung von privaten auf öffentliche multilaterale Gläubiger führte bereits in den 1980er Jahren dazu, dass die Lösung der Schuldenkrise verschleppt wurde und die Gläubiger ungleich an den Krisenkosten beteiligt wurden. In den vergangenen Jahren ist ein ähnlicher Trend erneut zu beobachten.

REKORDKREDITVERGABE IN DER KRISE

2022 lag die Kreditvergabe des IWF im dritten Jahr in Folge auf einem historischen Rekordniveau. Der IWF betrachtet mehr als die Hälfte der Niedrigeinkommensländer als überschuldet.

Trotzdem hält sich die Institution nicht an ihre eigenen Vorschriften und vergibt Kredite auch im Falle einer von ihr selbst attestierten hohen Überschuldungsgefahr, ohne Umschuldungen zur Bedingung zu machen.

Während der IWF mit Umschuldungsempfehlungen sehr zurückhaltend ist, kann das von der Forderung nach Anpassungsmaßnahmen im Schuldnerland nicht behauptet werden. Tatsächlich ist fiskalische Konsolidierung die Standardempfehlung des IWF zur Senkung der Schuldenquote. Laut einer aktuellen Studie von Isabel Ortiz und Matthew Cummings, zwei kritischen IWF-Beobachtern, sind 2023 in 94 Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen entsprechende Maßnahmen geplant.

Dies setzt einen Trend fort, der seit Mitte der 2010er Jahre zu beobachten ist

und nur kurzfristig im Zuge von Corona durchbrochen wurde. Dabei handeln nicht alle Länder aufgrund expliziter IWF-Forderungen. Doch trägt der Fonds durch seine jährlichen Gutachten und Empfehlungen eine Mitverantwortung dafür, dass diese Maßnahmen oft als alternativlos angesehen werden.

Die „beliebteste“ Konsolidierungsmaßnahme im Globalen Süden ist die Begrenzung der Sozialausgaben, die in 88 Ländern geplant ist. Sozialleistungen sollen nur noch den wirklich Bedürftigen zur Verfügung stehen. Dadurch wird häufig ein Großteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen von entsprechenden Leistungen ausgeschlossen.

Um Einnahmen zu erhöhen, setzen Regierungen meist nicht auf progressive Einkommens-, Unternehmens- oder Vermögenssteuern, sondern primär auf die Erhöhung der Konsumsteuer. Dies belastet die Einkommensschwächsten am stärksten. So werden die Kosten der Schuldenkrise zu einem Großteil auf die Bevölkerung abgewälzt. Wie IWF-interne Auswertungen zeigen, führen solche Maßnahmen häufig dazu, dass sich die wirtschaftliche Situation weiter verschlechtert.

Wenn Umschuldungsverhandlungen eingeleitet werden, ist die Berechnung des IWF bezüglich einer notwendigen Schuldenerleichterung eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Gläubiger. In der Vergangenheit hat der IWF diesen Erlassbedarf jedoch wiederholt kleingerechnet, zum Beispiel durch besonders optimistische Prognosen beim erwarteten Wirtschaftswachstum. Das war zum Beispiel der Fall in Griechenland nach 2010.

Auch heute droht sich so ein Szenario in einigen Ländern abzuzeichnen: So macht der IWF im Fall Sri Lankas, wo er Schuldenrestrukturierungen für nötig hält und wo seine Analysen die Grundlage für Verhandlungen sind, als auch Sambias, das sich bereits in Umschuldungsverhandlungen befindet, einen im Vergleich zu Nachbarländern überdurchschnittlich hohen Haushaltsüberschuss zur Grundlage seiner Berechnungen. Im Fall Sambias hat der IWF zudem lediglich Erleichterungen beim Schuldendienst empfohlen und es vermieden, Streichungen beim Schuldenstand vorzuschlagen. Dabei kommen selbst IWF-interne Studien zu dem Ergebnis, dass Restrukturierungen, die die Kapitalabschlä-



Der IWF hat Sambias Perspektiven schön gerechnet – Marktfrauen in Lusaka.

ge einbeziehen, effektiver waren, um die Schuldenfähigkeit wiederherzustellen, als die, die es nicht taten.

Die aktuelle Schuldenkrise ist auch dadurch gekennzeichnet, dass einzelne Gläubiger(-gruppen) wenig Bereitschaft zeigen, sich an Schuldenrestrukturierungen zu beteiligen. Hier könnte der IWF Einfluss nehmen: Zum einen könnten multilaterale Entwicklungsbanken und der IWF davon absehen, dass ihre Forderungen unter keinen Umständen erlassen werden können. In mindestens 38 Niedrigeinkommensländern machen diese multilateralen Forderungen mehr als 50 Prozent der ausstehenden Auslandsschulden aus. Solange sich Weltbank, IWF und Co. prinzipiell weigern, über die eigenen Forderungen zu verhandeln, ist es nachvollziehbar, dass andere Gläubiger ebenfalls nicht bereit sind, Zugeständnisse zu machen.

Zum anderen kann der IWF durch seine Kreditvergabepolitik Druck auf unkooperative Gläubiger ausüben: Die sogenannte Lending into Arrears Policy erlaubt es dem IWF, hochverschuldeten Ländern auch dann Kredite zur Verfügung zu stellen, wenn sie im Zahlungsverzug gegenüber privaten oder öffentlichen Gläubigern sind. Proaktive Nutzung dieser Politik, wie es die IWF-Direktorin Georgieva im Dezember 2021 ins Gespräch gebracht hat, könnte Gläubiger antreiben, notwendigen Schuldenerlassen zuzustimmen.

Für eine zeitige und faire Lösung der aktuellen Schuldenkrise braucht es eine Reform der aktuellen Praxis des IWF.

- Erstens sollte die Institution bei kritisch verschuldeten Ländern Umschuldungsverhandlungen und Schuldenerlasse standardmäßig als Option in den jährlichen Länderberichten diskutieren.

- Zweitens müssen in Fällen, in denen die Schuldenlast des antragstellenden Staates kritisch ist, Restrukturierungen zur Bedingung der eigenen Kreditvergabe des IWF gemacht werden, auch wenn Länder ihre Zahlungen noch nicht einstellen mussten.

- Drittens müssen bei der Bestimmung eines Schuldenerlasses realistische Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung zu Grunde gelegt werden.

- Viertens dürfen Anpassungsmaßnahmen nicht zu einer Leistungskürzung für vulnerable Bevölkerungsgruppen führen.

- Fünftens sollte der IWF seine Möglichkeiten nutzen, um die Bereitschaft übriger Gläubiger für Schuldenerlasse zu erhöhen. Dazu zählt auch, den absoluten Ausnahmestatus der eigenen Forderungen bei Umschuldungen in Frage zu stellen.

Bei aller sinnvollen Detailkritik sollte nicht aus dem Blick geraten, dass die Verfehlungen der IWF-Politik auch Ergebnis eines strukturellen Ungleichgewichts sind. Neben Reformen ist es daher notwendig, die Aufgabenfülle des IWF zu entflechten und auf unterschiedliche Institutionen im Rahmen des UN-Systems zu verlagern, wie Jürgen Kaiser 2018 in E+Z/D+C ausführte (Digitales Monatsmagazin 2018/08).



KRISTINA REHBEIN
ist politische Koordinatorin
bei *Erlassjahr.de*.

k.rehbein@erlassjahr.de



MALINA STUTZ
ist politische Referentin bei
Erlassjahr.de.

m.stutz@erlassjahr.de

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Frauen und Mädchen im Nachteil

Dass Wirtschaftskrisen Armut verursachen, ist bekannt, weniger aber, dass Frauen und Mädchen besonders betroffen sind. Das gilt zum Beispiel für Pakistan.

Von Sundus Saleemi

Pakistan durchlebt eine schwere ökonomischen Krise. Bereits vor der verheerenden Flutkatastrophe im Sommer litt das Land unter ernststen wirtschaftlichen Problemen (siehe Kasten). Die Situation scheint ausgewoglos – vor allem für Frauen und Mädchen.

Die Wirtschaftsnobelpreisträgerin Esther Duflo (2021) hat über die unterschiedlichen geschlechterspezifischen Auswirkungen geschrieben. Sie stellte deutliche Unterschiede in der Ernährung von Jungen und Mädchen während Wirtschaftskrisen fest. Dürren führen in Ländern, in denen die Landwirtschaft ein wichtiger Sektor ist, oft zu ökonomischen Krisen – und die Sterberate von Mädchen steigt dann in einigen Weltregionen schneller als die von Jungen.

In Delhis Armenvierteln sterben weibliche Kinder Duflo zufolge auch mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit an Durchfall wie männliche. Zu ähnlichen Ergebnissen kam eine Studie von Sonia Bhalotra (2019). Die Wirtschaftswissenschaftlerin der University of Bristol zeigte, dass Wirtschaftswachstum und Kindersterblichkeit von Mädchen im ländlichen Indien negativ korrelieren. Letztere sinkt in ökonomisch guten Zeiten, steigt aber während Rezessionen. In Pakistan wurden solche Studien bisher nicht durchgeführt. Doch aufgrund der kulturell sehr ähnlichen Bedingungen muss davon ausgegangen werden, dass dort die Mortalität von Mädchen in der aktuellen ökonomischen Krise überproportional steigt.

VERLORENE FRAUEN UND MÄDCHEN

Wirtschaftlicher Abschwung trägt zu einem Phänomen bei, das Amartya Sen 1993 im British Medical Journal „fehlende Frauen“ („missing women“) nannte. Sen verglich die Geschlechterverteilung bei Geburt und in

der Gesamtbevölkerung verschiedener Länder. In einigen stark männlich dominierten Gesellschaften, darunter China, Indien und Pakistan, fiel der Anteil der Frauen im Vergleich zur Geburtenstatistik um einige zehn Millionen zurück. Sen nannte folgende Gründe:

- Mädchen sterben vorzeitig aufgrund von Vernachlässigung, so dass mehr Jungen ihrer Altersgruppe überleben.
- Gebärfähige Frauen sterben durch inadäquate medizinische Versorgung, insbesondere im Zusammenhang mit Geburten.

Auf schockierende Weise zeigt sich hier die strukturelle Benachteiligung aufgrund des Geschlechts. Die aktuelle Krise wird die Lage in Pakistan verschärfen. Die Müttersterblichkeit ist ohnehin hoch: Pro 100 000 Geburten sterben 140 Frauen. Die Flut hat Infrastruktur zerstört, aber der klammen Regierung fehlt Geld, um Abhilfe zu schaffen. Im September schätzte der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) die Zahl der schwangeren Frauen, die in den überschwemmten Gebieten medizinische Betreuung und Geburtshilfe benötigten, auf über 650 000.

Auch geschlechtsspezifische Gesundheitsrisiken nehmen zu. Sinken die Einkommen, sparen Haushalte an gesundem, nährstoffreichem Essen. Männliche Familienmitglieder essen in der Regel zuerst, und Frauen und Mädchen bekommen das, was übrig bleibt. Ihre Ernährung ist zunehmend unausgewogen.

Frauen bereiten die Mahlzeiten zu. Mangelt es an sauberer Energie, feuern sie mit billigem Material wie Holz oder getrocknetem Kuhdung, was die Luft in Innenräumen toxisch belastet. Laut einer Erhebung in indischen Haushalten ist Husten unter Frauen, die solche Brennstoffe verwenden, bis zu 60 Prozent häufiger. Doch Elektrizität oder Gas sind teuer – und besonders in Krisenzeiten wird darauf verzichtet. Zudem wurde auch Strom- und Treibstoffinfrastruktur durch die Flut zerstört.

2002 aktualisierte Sen seinen Artikel im British Medical Journal. Er schätzte nun, in den betreffenden Ländern lebten 100 Millionen Frauen und Mädchen weniger, als eigentlich zu erwarten wäre. Diesmal fügte er einen weiteren Grund hinzu: geschlechtsspezifische Abtreibung. In Ländern mit einer starken Präferenz für Jungen wird weiblichen Föten regelmäßig das Recht auf Leben verwehrt.

In Indien und Pakistan erwarten Eltern, dass Söhne sie im Alter versorgen. Töchter dagegen heiraten und gehören dann zu einer anderen Familie. Arme Men-



Kuhdung ist ein billiger Brennstoff, doch in Innenräumen gefährdet der Rauch die Gesundheit.

schen, die sich eine Abtreibung nicht leisten können, setzen Mädchen oft aus. Das geschieht insbesondere in existenzbedrohenden Zeiten. Nach der Beobachtung von Bilquis Edhi, der Gründerin von Pakistans größter Hilfsorganisation für ausgesetzte Kinder, waren 95 Prozent der Kinder, die in den Wiegen der Edhi Foundation abgelegt wurden, Mädchen. Laut Edhi war Armut der Hauptgrund, warum ihre Familien nicht für sie sorgen konnten.

In der Bildung setzt sich die Benachteiligung von Mädchen fort. Denn Eltern investieren eher in die Schulbildung von Söhnen, der Bildungserfolg von Töchtern spielt kaum eine Rolle.

Auch dieser Trend verstärkt sich in Krisen. Daten aus dem ländlichen Pakistan zeigen: Rutschen Haushalte aufgrund von Wirtschaftskrisen in Armut ab, brechen die Töchter die Schule zuerst ab. Für die weibliche Bevölkerung Pakistans sind die langfristigen Konsequenzen der aktuellen Krise daher absehbar. Ohne Bildung bleiben den Betroffenen weniger und unattraktivere Arbeitsmöglichkeiten. Ökonomische Unabhängigkeit aber ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche Mitbestimmung und Selbstermächtigung von Frauen.

In Pakistan sind Frauen ohnehin im informellen Sektor überrepräsentiert. Ihnen fehlt also jede Absicherung im Fall des Jobverlusts.

Während ökonomischer Krisen steigen Gewalt und Kriminalität. Daten aus der Provinz Sindh zeigen einen starken Anstieg von Eigentumsdelikten zwischen Januar und Juli 2022, darunter Raub, Einbruch, Diebstahl und Motorrad-Diebstahl. Dies kann viele Gründe haben, aber die ökonomische Not ist sicherlich einer davon.

Sinkende oder entfallende Einkommen in einer Zeit steigender Preise sorgen zudem für erheblichen Stress. In Familien kann das häusliche Gewalt auslösen – und die Opfer sind in erster Linie wiederum Frauen und Mädchen. Zugleich reduziert die Verknappung der ökonomischen Ressourcen ihre Möglichkeiten, dieser Gewalt zu entfliehen.

REFERENZEN

- Bhalotra, S., 2010: Fatal fluctuations? Cyclicity in infant mortality in India. *Journal of Development Economics*, 93(1), 7-19.**
<https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0304387809000388>
 An earlier version (2007) is freely available at: <https://d-nb.info/986000647/34>

Duflo, E., 2012: Women empowerment and economic development. *Journal of Economic Literature*, 50(4), 1051-79.

<https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/jel.50.4.1051>

Maji, P., Mehrabi, Z., and Kandlikar, M., 2021: Incomplete transitions to clean household energy reinforce gender inequality by lowering women's respiratory health and household labour productivity. *World Development*, 139, 105309.

<https://ideas.repec.org/a/eee/wdevel/v139y2021ics0305750x20304368.html>

Sen, A., 1992: Missing women. *BMJ: British Medical Journal*, 304(6827), 587.

<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC1881324/>

Sen, A., 2003: Missing women—revisited. *BMJ*, 327(7427), 1297-1298.

<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC286281/>



SUNDUS SALEEMI
 ist Wissenschaftlerin am
 Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der
 Universität Bonn.

sundus.saleemi@gmail.com

Ernstere Zeiten

Pakistans Wirtschaftskrise hat strukturelle Ursachen. Die schwierige politische Lage verschärft die Probleme.

Zu Pakistans wirtschaftlicher Schwäche tragen der riesige informelle Sektor bei, die Abhängigkeit von einer dysfunktionalen Landwirtschaft und die schwache Infrastruktur. In Schulbildung, Aus- und Fortbildung oder Forschung wurde nie viel investiert – weder öffentlich noch privat. Kapital ist in unproduktivem Vermögen gebunden wie der Spekulation mit Grundbesitz. Das Ressourcen verschlingende Militär, eine Elite von Großgrundbesitzern und der

korrupte Beamtenapparat sind ein Erbe der Kolonialzeit. Auch der radikale Islamismus wirkt disruptiv.

Staatsschulden sind eine riesige Belastung. Die fragile Mehrparteienregierung muss mit einem engen Etat auskom-



men und benötigte in diesem Jahr bereits einen Notkredit in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar vom Internationalen Währungsfonds (IWF).

Externe Faktoren verstärken die inländischen Probleme. Relevant sind Preisschwankungen von Energie und Lebensmitteln auf dem Weltmarkt sowie der starke Dollar. Im September lag die Inflation knapp über 23 Prozent, nachdem sie in der Mitte des Jahres den höchsten Stand seit 49 Jahren erreicht hatte.

Die beispiellose Zerstörung durch die Flutkatastrophe verschlimmert die Lage kurz- und langfristig. Ernten wurden zerstört, Nutztiere dezimiert. Vielerorts fiel zudem auch die neue Saat aus. Die Lebensmittelpreise werden weiter steigen.

Mit Blick auf die Flutschäden forderte Premierminister Shehbaz Sharif von internationalen Geberinstitutionen im Oktober zusätzliche Kredite. Er deutete an, dass die politische Stabilität des Landes auf dem Spiel steht. Tatsächlich profitieren Populisten wie der im November bei einem Attentat verletzte Imran Khan von der weit verbreiteten Unzufriedenheit.

Sharifs Appell war unkonventionell, denn Pakistans Staatsschulden sind bereits immens hoch. Dennoch sollte die internationale Gemeinschaft ihr Möglichstes tun, um das Land und die verletzlichsten Teile seiner Bevölkerung zu unterstützen, insbesondere die weibliche Bevölkerung.



Sambias Wirtschaft hängt vom Kupfer-Abbau ab.

SAMBIA

Raus aus der Staatspleite

Sambia ist ein demokratisches und politisch stabiles Land, kommt aber wirtschaftlich nicht auf die Beine. Es hatte seit seiner Unabhängigkeit 1964 mit mehreren Schuldenkrisen zu kämpfen. 2020 musste der Binnenstaat im südlichen Afrika im Zuge der Coronakrise seine Zahlungsunfähigkeit erklären. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Sambia einen milliardenschweren Rettungsschirm gewährt, der allerdings an harte Sparmaßnahmen geknüpft ist.

Von Peter Mulenga, Chibvalo Zombe und Charles Chinanda

Schon vor der Corona-Pandemie hatte Sambia, wie viele andere Entwicklungsländer, ein hohes Überschuldungsrisiko. Der wichtigste Wirtschaftszweig ist die Förderung von Kupfer, dessen Weltmarktpreis starken Schwankungen unterliegt. Er sank bereits in den Jahren vor der Pandemie. Der wichtige Agrarsektor ist durch Dürren der vergangenen Jahre ebenfalls eingebrochen.

So häufte Sambia seit 2006 immer mehr Staatsschulden an, was zu einem exponentiellen Anstieg der Kosten für den Schuldendienst führte (Saungweme und Odhiambo, 2018). 2019 führte der IWF eine

Schuldentragfähigkeitsanalyse durch. Sie zeigte, dass die Schuldenlast die Volkswirtschaft immer mehr erdrückte, sodass es in eine Staatspleite schlitterte. Ursächlich waren hohe Haushaltsdefizite, die auf Infrastrukturausgaben beruhten, wie Fachleute von der Weltbanktochter IDA (International Development Association) 2019 feststellten.

Laut IWF bedeutet Schuldentragfähigkeit, dass ein Staat in der Lage ist, aktuellen und künftigen Verpflichtungen im Hinblick auf seine Schuldenzahlungen nachzukommen, ohne in Verzug zu geraten oder Finanzhilfe beantragen zu müssen. Dies galt 2020 für Sambia nicht mehr, das im November die Bedienung externer Schulden einstellte. Es zeigte sich, dass das Land 17,3 Milliarden Dollar an Auslandsschulden akkumuliert hatte. Etwa ein Drittel hielten chinesische Kreditgeber. Die Schulden ent-



sprachen etwa 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

2020 hoffte die Regierung von Präsident Edgar Lungu auf IWF-Hilfe. Doch ihre Beziehungen zum Fonds waren belastet. Sie hatte 2016 ein Hilfspaket von 1,6 Milliarden Dollar beantragt, dem der IWF jedoch nie zustimmte. Lungu wurden damals Korruption und ein fehlendes Engagement für Wirtschaftsreformen nachgesagt.

MULTILATERALE KOMPLEXITÄT

Dem neuen Präsidenten Hakainde Hichilema traute der IWF mehr Reformwillen zu. Nach dem Regierungswechsel im Jahr 2021 schloss er mit dem IWF eine Vereinbarung. Allerdings gehört dazu auch Schuldenrestrukturierung, die noch ausgehandelt wird und alle Kreditgeber, auch die chinesischen, betreffen soll.

Entsprechend dem G20 Common Framework on Debt Treatment von 2020 wurde im Sommer 2022 das Official Creditor Committee eingerichtet, das unter dem Vorsitz von Frankreich und China die Details aushandelt. Daraufhin hat der IWF 1,3 Milliarden für Sambia bewilligt. China hat sich in der Vergangenheit bei der zeitlichen Ausdehnung von Zahlungsverpflichtungen großzügig, aber bei Schuldenerlass sehr hart gegeben. Ein Ergebnis wird bis Jahresende oder bald darauf erwartet - und könnte sich dann als Vorbild für ähnliche Situationen in anderen Ländern erweisen. Die Verhandlungen erschwert, dass China immer wieder „Klarstellungen“ von Sambias Regierung und dem IWF fordert.

Das IWF-Darlehen soll helfen, die makroökonomische Stabilität des Landes wiederherzustellen. Es ist an harte Sparmaßnahmen mit klarer Rechenschaftspflicht gebunden. So soll Sambia bis 2025 statt einem Haushaltsdefizit von derzeit sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) einen Überschuss von 3,2 Prozent erreichen. Dies kann der Staat nur durch massive Ausgabenkürzungen erreichen. Die Regierung strich deshalb bereits staatliche Subventionen auf Kraftstoffe und Nahrungsmittel. Seither sind die Benzin- und Dieselpreise um mehr als 50 Prozent gestiegen.

Um nachhaltige Steuereinnahmen zu generieren, strebt die Regierung im Haushalt 2023 bis 2025 außerdem Reformen an, die für ein berechenbares Umfeld für den Bergbau, stabile Kupferpreise und bessere

Stromversorgung sorgen sollen. Das soll die Wirtschaft stärken und damit auch die makroökonomische Stabilität. Ob die Reformen Erfolg haben werden, ist ungewiss.

Die Geschichte zeigt, dass IWF-Programme manchmal zu einem neuen Aufschwung führen, allerdings auch scheitern können. Graham Bird und Dane Rowlands warnten in einer empirischen Analyse 2016, IWF-Konditionen erwiesen sich für Länder mit niedrigen Einkommen oft als schädlich. Den beiden Wissenschaftlern zufolge bremsen nämlich die Haushaltseinschnitte die inländische Gesamtnachfrage zu sehr und halten Menschen dadurch in Armut.

Ungeachtet solcher Kritik ist das IWF-Programm für das Überleben und die Wiederbelebung der sambischen Wirtschaft unerlässlich. Ohne frisches Geld wäre die Regierung handlungsunfähig geworden. Der IWF ist in solchen Notlagen eine wichti-

ge Finanzquelle, weil kommerzielle Geldgeber zahlungsunfähigen Kreditnehmern keine neuen Darlehen geben – und wenn, dann nur unter noch härteren Bedingungen.

Nun befindet sich Sambia wieder auf einem besseren Weg. Für 2022 und 2023 wird ein Wachstum von drei bis vier Prozent erwartet. Die Regierung hat dank des IWF-Kredits eine Chance, makroökonomische Stabilität zu erreichen. Die Erfahrung lehrt aber, dass sich die Situation leicht kippen kann, wenn der Kupferpreis fällt. Ob Sambia auf einem langfristig nachhaltigen Kurs ist, muss sich zeigen. Möglicherweise braucht es früher oder später wieder IWF-Hilfe.

LITERATUR

Saungweme, T., Odhiambo, N. M., 2018. An analysis of public debt servicing in Zambia: trends, reforms and challenges. Croatian International Relations Review, Vol. 24 No. 81.



PETER MULENGA

ist Dozent an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Copperbelt University in Kitwe an der Nordgrenze

Sambias.

peter.mulenga@cbu.ac.zm



CHIBVALO ZOMBE

ist ebenfalls Dozent an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Copperbelt University.

chibvalo.zombe@cbu.ac.zm



CHARLES CHINANDA

hat kürzlich seinen Abschluss an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Copperbelt University gemacht.

charliechinanda@gmail.com

Wirtschaftliche Entwicklung

Sambia hat das Potenzial, in verschiedenen Sektoren wie dem verarbeitenden Gewerbe, der Landwirtschaft, dem Dienstleistungssektor und dem Bergbau Wachstum zu erzielen. Aufgrund von Defiziten in der Infrastruktur hängt Sambia jedoch stark von einer einzigen Branche, dem Kupferbergbau, ab. Er macht etwa 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Schwankungen des Weltmarktpreises dieses Rohstoffs schlagen sich schnell auf die ganze Volkswirtschaft nieder. Das hat schon oft zu Krisen geführt.

Außerdem macht Sambia seit Jahrzehnten die hohe Staatsverschuldung zu schaffen. Sie hat mit den Kupferexporten zu tun. In den 1970er-Jahren erlitt das Land einen wirtschaftlichen Schock durch den Verfall der Kupferpreise. Um die staatlichen Ausgaben finanzieren zu können und die Wirtschaft anzukurbeln, nahm

Sambia Kredite bei westlichen Banken auf. Dies führte zu einem weiteren sprunghaften Anstieg der Staatsverschuldung von 800 Millionen Dollar auf 3,2 Milliarden Dollar.

Als die USA Ende der 1970er-Jahre die Zinsen erhöhten, kam es zu einer Finanzkrise in Sambia. Der Dollarkurs stieg, sodass der Schuldendienst in der heimischen Währung deutlich teurer wurde (siehe André de Mello e Souza auf Seite 24). Der Internationale Währungsfonds (IWF) gewährte Sambia damals einen Notkredit. Diese Finanzhilfe war jedoch an Strukturanpassungsprogramme geknüpft, wie Kürzungen der Ausgaben im öffentlichen Dienst durch Einfrieren der Gehälter, Liberalisierung des Handels und Privatisierungen von Staatsfirmen.

Dennoch wuchsen die Schulden im Lauf der Jahre weiter. Der Kupferpreis fiel

weiter, die Sparpolitik bremste das Wachstum, und die Liberalisierung brachte nicht den erhofften breitenwirksamen Aufschwung. Die Auslandsverschuldung Sambias stieg bis Ende 2004 auf 7,4 Milliarden Dollar an.

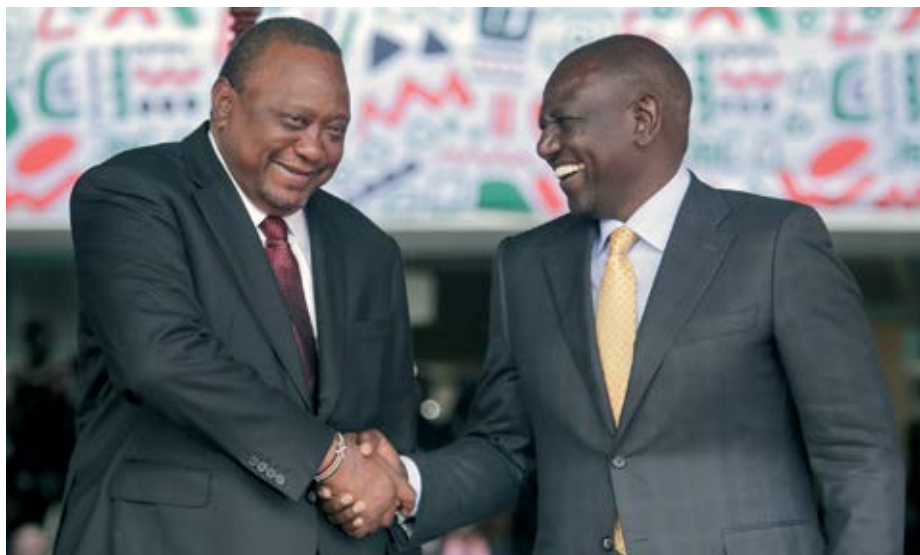
Besser wurde die Lage jedoch 2005 dank der multilateralen Initiative für hochverschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries Initiative – HIPC). Schulden in Höhe von 6,6 Milliarden Dollar wurden erlassen. Derweil stiegen auf dem Weltmarkt auch die Rohstoffpreise wieder.

Sambia erlebte gute Jahre mit Wachstumsraten von jährlich sieben bis neun Prozent. 2012 nahm die Regierung erneut in großem Umfang Kredite auf, um die Infrastruktur auszubauen. Nun war China der wichtigste Gläubiger.

Von 2015 an sank jedoch das Wachstum wieder auf durchschnittlich drei bis vier Prozent, um dann im Coronajahr 2020 einzubrechen. Die Volkswirtschaft schrumpfte um 2,8 Prozent. 2021 erholte sich die Wirtschaft Sambias ein Stück weit und wuchs um 4,6 Prozent. PM, CZ, CC



Die Infrastruktur ist selbst in Sambias Hauptstadt Lusaka dürrtig.



Lächeln zur Amtseinführung: Präsident Ruto (rechts) mit seinem Vorgänger und Ex-Chef Kenyatta am 13. September.

STAATSHAUSHALT

Mehr Steuergeld eintreiben

Kenias hohe Staatsverschuldung verhindert öffentliche Investitionen und bremst die Wirtschaft. Die neue Regierung will die Steuereinnahmen steigern.

Von Alphonse Shiundu

Als Kenias neuer Präsident William Ruto nach der Amtseinführung im Parlament sprach, tat er etwas Ungewöhnliches: Er sagte, er plane die Steuern zu erhöhen. Hierzulande drehen sich präsidentiale Reden meist darum, wie die Regierung Geld auszugeben gedenkt.

Tatsächlich ist der öffentliche Haushalt überlastet. Mehr als die Hälfte der Einnahmen sind nötig, um die enormen Schulden zu bedienen. Die Staatsverschuldung hat sich im vergangenen Jahrzehnt unter Uhuru Kenyatta vervierfacht – nicht zuletzt wegen ambitionierter Infrastrukturprojekte. Als Kenyattas Vize hat Ruto an dieser Politik mitgewirkt.

Doch auch externe Faktoren belasten den Haushalt: die Pandemie, die durch Russlands Invasion in der Ukraine verursachte Nahrungs- und Düngemittelknappheit, hohe Ölpreise, die anhaltende Dürre

im Norden des Landes oder 2020 die Heuschreckenplage.

Die Regierung braucht mehr Staatseinnahmen. Die Grundlagen der neuen Steuerpolitik und entsprechende Reformvorschläge wurden im Finanzministerium bereits im Sommer, also vor Rutos Amtseinführung, erarbeitet. Er hat sie nun stolz übernommen.

Was er im Parlament sagte, muss den Botschaften der Geberländer gefallen haben. Denn diese fordern schon lange von Entwicklungsländern, die „eigenen Ressourcen zu mobilisieren“.

Tatsächlich scheint sich Ruto an Steuersystemen von Ländern mit hohem Einkommen zu orientieren. Folgende Ziele hat er formuliert:

- höhere Steuersätze für Reiche,
- ein gerechtes, effizientes und verständliches Steuersystem,
- mehr Einnahmen durch das Besteuern von Vermögen, Einkommen und Konsum statt wie bislang des Außenhandels und über Zolleinnahmen sowie
- eine breitere Besteuerungsgrundlage, die mehr Bürgerinnen und Bürger erfasst.

„Das Prinzip der Steuergerechtigkeit verlangt, dass die Steuerlast der Zahlungs-

fähigkeit entspricht“, sagte Ruto. „Wir besteuern Handel zu stark und Vermögen zu wenig.“

Ein ganzes Maßnahmenpaket ist nötig, um die Ziele zu erreichen. Die größte Herausforderung wird sein, auch Erwerbstätige im informellen Sektor zu erfassen (siehe Kasten).

Es ist offensichtlich viel leichter, den Namen der Steuerbehörde zu ändern – von Kenya Revenue Authority in Kenya Revenue Service. Service klingt freundlicher als Autorität. Es geht darum, den Ruf der Finanzämter, die als rücksichtslos gelten, zu verbessern. Kenyattas Regierung ließ die Behörden politische Gegner schikanieren – was ein verbreitetes Muster in Ländern ist, wo Institutionen schwach sind und Staatsbedienstete Recht willkürlich auslegen können. Auch die Amtsführung muss besser werden.

STEUERRECHT VEREINFACHEN, ZAHLUNGEN ERLEICHTERN

Die Regierung möchte das Zahlen von Steuern leichter machen: durch einfachere Steuergesetzgebung und -verfahren sowie die Eröffnung weiterer Finanzämter außerhalb der wichtigen Städte. Auch Aufklärungsarbeit soll geleistet werden.

Zudem läuft ein Selbstbeichtigungsprogramm der Vorgängerregierung weiter. Seit Januar 2021 werden denen, die beim Finanzamt versäumte Steuerpflichten zwischen Juli 2015 und Juni 2020 melden, Strafen und Zinszahlungen ganz oder teilweise erlassen.

Die Politik will auch Entscheidungen in Rechtsstreitigkeiten mehr Glaubwürdigkeit verschaffen. Die Unabhängigkeit des Steuergerichtshofs wurde in der Vergangenheit oft infrage gestellt, weil die Spitzenperson der Finanzbehörde die Richter und Richterinnen beruft, obwohl diese Behörde offensichtlich parteiisch ist. Das muss sich ändern.

Rutos Steuerreform spiegelt Prinzipien wider, die Adam Smith vor 250 Jahren in seinem Klassiker „Der Wohlstand der Nationen“ formulierte: Alle sollten nach ihren Möglichkeiten Steuern zahlen. Das Verfahren sollte für alle verständlich sein. Steuern sollen niemanden ruinieren, sondern allen genug Geld lassen, damit sie in Zukunft mehr steuerpflichtiges Einkommen erwirtschaften können.

Kenias neue Politik sieht zudem Investitionen in moderne Informationstechnologie vor und will Verwaltungsangestellte regelmäßig darin schulen. Sie will einerseits von der boomenden IT-Branche mehr Geld eintreiben, andererseits aber auch mit elektronischer Datenverarbeitung die Grenzkontrollen verbessern. Steuervermeidung, Steuerflucht und illegale Finanzströme sind ein internationales Problem.

Dass Kenia von multinationalen Unternehmen wie Amazon, Netflix, Google oder Meta Steuern kassiert, verdient Anerkennung. Frustrierend ist dennoch, dass Konzerne mit Geschäftstätigkeit in Kenia es schaffen, ihren Aufwand zu minimieren, indem sie beispielsweise Profite in ausländischen Staaten mit geringen Steuersätzen anmelden. Viele Privatpersonen nutzen zudem Steueroasen.

Um legale Steuervermeidung und illegale Steuerhinterziehung zu erkennen und offenzulegen, will die Regierung ihre internationalen Verträge regelmäßig überprüfen und aktualisieren. Eine eigene Abteilung der Steuerbehörde soll in Zukunft:

- grenzüberschreitende Transaktionen und Transferpreise beobachten,
- multinationale Konzerne prüfen und

- internationale Entwicklungen im Auge behalten.

Entsprechend sieht die neue Steuerpolitik auch den Informationsaustausch mit den Behörden anderer Länder vor. Länder mit hohen Einkommen tun dies seit einiger Zeit verstärkt, um ihre Steuern einzutreiben.

Kenia ist Mitglied von zwei Regionalorganisationen: der Ostafrikanischen

Gemeinschaft (EAC – East African Community) und dem Gemeinsamen Markt für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA – Common Market for Eastern and Southern Africa). Da aber die Steuersysteme der anderen Mitgliedsländer tendenziell schwächer sind und in einigen Fällen die Staatlichkeit fragil ist, dürfte Informationsaustausch mit ihnen nicht viel bringen.

Kenia will die Grenzkontrollen verstärken, unter anderem mit modernerer IT. Das soll nicht nur der inneren Sicherheit und der Eindämmung der organisierten Kriminalität dienen. Auch Schmuggel, die Einfuhr von Produktfälschungen und die Falschdeklarierung von Waren sollen begrenzt werden.

Was Ruto vorhat, klingt gut und ist sinnvoll. Die Durchsetzung wird aber schwierig – zumal Extremwetter, Marktstörungen, Krieg oder neue Krankheitserreger den Staat vor weitere Aufgaben stellen können.



Manche informell Tätige sollen Steuern zahlen.



ALPHONSE SHIUNDU
ist Journalist, Herausgeber
und Fakten-Checker in Kenia.

Twitter: @Shiundu

Steuern im informellen Sektor

Etwa 80 Prozent der kenianischen Erwerbstätigen arbeiten im informellen Sektor. Dort agieren kleinste, aber auch mittelständische Unternehmen unter dem Radar der Steuerbehörden.

Zahlungen erfolgen meist bar, die Buchhaltung bleibt unvollständig, und viele Betriebe sind nicht angemeldet. Undokumentierte Transaktionen entziehen sich aber dem Fiskus. Andererseits profitieren die Menschen im informellen Sektor weder von staatlichen Sozialleistungen noch können sie privat vorsorgen. Solch prekäre Lebensverhältnisse sind

für viele Entwicklungsländer typisch – besonders in Afrika und Südasien.

Im informellen Sektor schwanken Einkommen unvorhersehbar. Familien leben von der Hand in den Mund. Versuche, alle zu besteuern, könnten schnell mehr kosten, als sie einbringen. Will der Staat hier wie geplant Steuern einnehmen, muss er diejenigen zur Kasse bitten, die zahlen können, aber alle verschonen, die dazu nicht in der Lage sind.

In Kenia müssen sich grundsätzlich alle Erwachsenen bei der Steuerbehörde registrieren und eine Steuernum-

mer haben. Doch wer keine Bankgeschäfte tätigt, kommt ohne die Nummer aus, sodass viele unregistriert bleiben.

Kenia hat sechs Millionen Steuerzahlende. Drei Millionen sind formell beschäftigt, drei Millionen arbeiten im unregulierten, informellen Sektor. Zugleich sind schätzungsweise 15 Millionen informell Erwerbstätige nicht erfasst. Um unter ihnen in den kommenden zwei Jahren zwei Millionen weitere

Steuerzahlende hinzuzugewinnen, will Präsident William Ruto einen Fonds aufsetzen. Er soll Menschen am Boden der Einkommenspyramide, die von Straßenverkauf, Handkarrentransport oder Taxidiensten mit Motorrädern leben, zinslose Darlehen geben. Im Gegenzug müssen sie ein Bankkonto eröffnen, was nur mit Steuernummer geht. Wer mit staatlichen Krediten arbeitet, zahlt am Ende Umsatz- und Einkommensteuer.

Das ist ein cleverer und wachstumsorientierter Ansatz. Ziel ist, informelle Geschäftstätigkeit so zu stärken, dass sie besteuert werden kann und die Zahl der Steuerzahlenden steigt. Auf lange Sicht ist das vielversprechend. AS





Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc

← **Editorial office D+C**
21.157 Tweets



Editorial office D+C
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.
Imprint: ms.spr.ly/6013XaD57

📍 Frankfurt, Germany 🌐 dandc.eu 📅 Seit Januar 2010 bei Twitter

2.290 Folge ich 15.326 Follower

Tweets Tweets und Antworten Medien Gefällt mir

📌 Angehefteter Tweet

D+C Editorial office D+C @forumdc · 1. Nov. ***

🌟 The new D+C Digital Monthly is out now! 🌟

It focuses on how to end #hunger worldwide and features articles on agriculture, global markets and strategies.

🌟🍌🍌🍌

Free PDF download here: spk.li/y/60174XDr1 📄

#SDG2 #globalhunger #agriculture #DevelopmentFinance



🔍 Twitter durchsuchen

Neu bei Twitter?

Registriere dich jetzt, um deine eigene personalisierte Timeline zu erhalten!

Mit Apple registrieren

Mit Telefonnummer oder E-Mail-Ad...

Indem du dich registrierst, stimmst du den Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Datenschutzrichtlinien sowie der Nutzung von Cookies zu.



Was dir gefallen könnte

-  R4D @results4dev Folgen
-  Afrik Best Radio @afrikbestradio Folgen
-  Al Jazeera Breakin... @AJENews Folgen

Mehr anzeigen

